



# FIGU-

# ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:  
Sporadisch

Internetz: [www.figu.org](http://www.figu.org)  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

3. Jahrgang  
Nr. 69, Mai 2017

## Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

## Russland ruft USA zur Vernunft mit Nordkorea auf: Androhungen der Massenvernichtung sind wahnwitziger Irrsinn

*RT Deutsch; Do, 20 Apr 2017 15:45 UTC*



*Die Sprecherin des russischen Aussenministeriums, Maria Sacharowa*

Die Sprecherin des russischen Aussenministeriums, Maria Sacharowa, hat die USA und Nordkorea für den gefährlichen Umgang miteinander scharf verurteilt. Sie nannte den derzeitigen Schlagabtausch eine gegenseitige Androhung der Massenvernichtung. Sie erklärte, dass sie gern eine US-Regierung sehen würde, die zuerst nachdenkt, bevor sie handelt, und die nicht versucht, Probleme militärisch zu lösen. Es gibt kein Beispiel, bei dem eine US-militärische Einmischung ein Happy End hatte, so Sacharowa.

Nordkorea könnte dadurch nicht nur zu einer weiteren «brennenden Brutstätte» werden, sondern besonders dramatisch auch ausserhalb dessen Grenzen, da es sich um nukleare Drohungen handelt.

Nordkoreas UN-Botschafter warf den USA erst kürzlich vor, dass sie eine Situation herbeiführen, in der jeden Augenblick ein «thermonuklearer Krieg» auf der koreanischen Halbinsel ausbrechen könnte. Er erklärte zudem, dass Nordkorea «bereit sei, auf jede gewünschte Kriegsart der USA zu reagieren». US-Präsident Donald Trump ordnete aufgrund der jüngsten Spannungen die Entsendung einer Flugzeugträgergruppe in Richtung der koreanischen Halbinsel an. Zudem rüsten die USA in Südkorea massiv auf. Unter anderem wurde die Stationierung des Raketenabwehrsystems THAAD in Südkorea beschlossen. Nordkorea sieht in den US-Militäraktionen eine Vorbereitung auf einen Angriffskrieg.

Quelle: <https://de.sott.net/article/29190-Russland-ruft-USA-zur-Vernunft-mit-Nordkorea-auf-Androhungen-der-Massenvernichtung-sind-wahnwitziger-Irrsinn>



## Wieso erwähnt eigentlich keiner die von den USA unterstützten Chemiewaffen-Angriffe des saudischen Regimes

Veröffentlicht am April 22, 2017 in Geopolitik/Politik von cosmicus

Was geschah, als die Saudis ihren Chemiewaffenangriff gegen den Jemen ausübten? Nichts. Weder gab es eine Verurteilung durch den Rest der Welt, noch gab es nennenswerte Berichterstattung in den Medien.

In den vergangenen drei Wochen erlebte die Welt die wachsenden Spannungen, nachdem das US-Militär einen Angriff gegen Syrien gestartet und 59 Tomahawk-Raketen gegen einen strategischen syrischen Luftwaffenstützpunkt eingesetzt hatte. Die rasche Änderung in der US-Politik erfolgte laut Trump wegen der Bereitschaft von Syriens Präsident Assad, chemische Waffen gegen sein eigenes Volk zu benutzen.

Doch hatte vor dem Start der Raketen die Untersuchung darüber, wer wirklich für den Chemiewaffen-Angriff in der Provinz Idlib verantwortlich war, niemals eine Chance, zu beginnen. Assad verwahrte sich heftig gegen US-Vorwürfe, und Russland unterstützte ihn als seinen Verbündeten.

Obwohl der Einsatz von Chemiewaffen gegen Menschen (aus welchem Grund auch immer) eine abscheuliche Handlung darstellt, ist es nicht ungewöhnlich. Obwohl es sich bei einem Angriff auf Zivilisten mit jedweder Art von Chemikalien um ein Kriegsverbrechen handelt, ist es für andere Nationen nicht unüblich. Warum also hat Trump entschieden, das Assad-Regime herauszugreifen, anstatt beispielsweise die Saudis?

Saudi-Arabien hat eine lange Geschichte von Menschenrechtsverletzungen – und da kommen dann auch einige zusammen. Der heuchlerische Akt der Unterstützung für den US-Angriff auf Syrien seitens des saudischen Königreichs ist etwa so, als wenn ein Esel den andern Langohr schimpft.

Im April 2015 berichtete die iranische Nachrichtenagentur Far darüber, wie die Zivilbevölkerung im Jemen unter den Chemie-/Gasangriffen durch Bomben erstickte, die von saudischen Kampfflugzeugen im südlichen Sanaa abgeworfen wurden. Die von Saudi-Arabien angeführte Koalition (mit US-Unterstützung) hinterliess Tausende von unschuldigen Zivilisten verletzt und tötete zahlreiche, und sie setzt ihre Angriffe im Jemen immer noch fort.

Bei ansonsten gleichen Bedingungen, wo sind die 59 Raketen, die dann eigentlich auch gegen das saudi-arabische Königreich abgefeuert werden sollten? Selbstverständlich sind die USA, und zwar aus zwei Gründen, nicht in der Lage, einen solchen Angriff zu starten. Erstens müssten die USA nämlich dann ihren Teil bei der Bereitstellung einer Plattform für solche Chemiewaffen-Angriffe zugeben, und zweitens geht es dabei auch um das schmutzige Wort namens «Petrodollar».

SECRET

14 September 1983

BRINGING REAL MUSCLE TO BEAR AGAINST SYRIA

### Summary:

Syria at present has a hammerlock on US interests both in Lebanon and in the Gulf -- through closure of Iraq's pipeline thereby threatening Iraq's internationalization of the war. The US should consider sharply escalating the pressures against Assad through covertly orchestrating simultaneous military threats against Syria from three border states hostile to Syria: Iraq, Israel and Turkey. Iraq, perceived to be increasingly desperate in the Gulf war, would undertake limited military (air) operations against Syria with the sole goal of opening the pipeline. Although opening war on a second front against Syria poses considerable risk to Iraq, Syria would also face a two-front war since it is already heavily engaged in the Bekaa, on the Golan and in maintaining control over a hostile and restive population inside Syria.

Was geschah, als die Saudis ihren Chemiewaffenangriff gegen den Jemen ausübten? Nichts. Weder gab es eine Verurteilung durch den Rest der Welt, noch gab es nennenswerte Berichterstattung in den Medien.

Im August 2016 hat Saudi-Arabien es erneut getan. Einer jemenitischen militärischen Quelle zufolge sind «eine ganze Reihe von jemenitischen Menschen ums Leben gekommen als Folge des Einatmens giftiger Gase bei dem Chemiewaffen-Angriff.» Granaten, die mit weissfarbigen Substanzen gefüllt waren, wurden eingesetzt, um mehr Druck «auf die Bewohner des neunten Bezirks auszuüben, sowie die Dörfer von Qoubareh, Qoul Ali, al-Ma'di, al-Asarat und al-Aqran», sagte Generalmajor Abdel Sattar al-Sa'deh gegenüber einer lokalen Nachrichtenagentur.

Wo war der Aufschrei seitens des Rests der Welt vor gerade mal 9 Monaten? Wo waren die Berichte der Massenmedien? Wo waren die US-Raketenschläge damals?

Entsprechend einem Bericht über die syrischen Chemiewaffen-Angriffe, war es Ende 2012, als das US-Militär «Anti-Regierungs-Kämpfer in der Sicherung und dem Umgang mit chemischen Waffen trainierte». Die in Rede stehenden Kämpfer wurden von der CIA ausgebildet und waren Israelis, Saudis und Jordanier.

Nach dem Chemiewaffen-Angriff im August 2013 ergab eine Untersuchung *keinen* soliden Beweis für eine etwaige syrische Beteiligung. Es wurden keine Transkripte vorgelegt, die den entscheidenden Beweis für abgefangene syrische Regierungskommunikation hätten liefern können – welche Israels hartnäckigen Behauptungen zufolge existierten.

Ein ehemaliger Chemiewaffeninspektor, der zuvor im Irak eingesetzt war, sagte über die US-Geheimdienstberichte: «Eine Menge davon ist unwesentlich. Dieses Dokument rennt offene Türen mit Selbstverständlichem ein», wobei er sich auf ein déjà-vu-Gefühl aus der Erfahrung mit den vermeintlichen seinerzeitigen Massenvernichtungswaffen des Irak bezieht.

Ein Zeugnis besagte: «Bestimmte Rebellen erhielten chemische Waffen über den saudischen Geheimdienstchef, Prince Bandar bin Sultan, und waren verantwortlich für die Durchführung des Gasangriffs.»

Mit anderen Worten, die Verantwortlichen für die Chemiewaffen-Angriffe in Syrien waren in diesem Fall von den USA unterstützte Rebellen.

Angesichts dessen ist es wirklich weit hergeholt, dasselbe im gegenwärtigen Kontext in Erwägung zu ziehen? Und es drängt sich wiederum die Frage auf, warum die USA – die angeblich so heftig gegen den Einsatz von chemischen Waffen sind – über diejenigen schweigen, die sie nachweislich bei Angriffen in jüngerer Vergangenheit verwendet haben?

Der Krieg gegen Syrien erfolgt nicht im Namen der Menschenrechte. Er findet nicht im Namen der nationalen Sicherheit statt. Wenn es so wäre, würden die Saudis und Israelis im selben Boot wie Assad sein. Hier geht es vielmehr um Assads Weigerung, den US-Dollar als Handelswährung zu benutzen (ähnlich wie der Iran, der in Gold, und Russland, das in Euro handeln will) und um Energiepipeline-Geopolitik sowie den Petrodollar – der inzwischen nur noch an einem dünnen Faden hängt.

Wenn die BRICS-Nationen (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) dieses Rennen gewinnen (darunter auch China), dann wird der Petrodollar seinen Würgegriff über die internationale Wirtschaft verlieren. Wenn die USA gewinnen, ist für das nächste Jahrhundert ein amerikanisches Imperium garantiert.

Verweise:

- <http://anonhq.com/?s=syria>
- <https://sputniknews.com/middleeast/201504191021091357/>
- <http://anonhq.com/?s=petrodollar>
- <http://investmentwatchblog.com/saudi-arabia-launches-chemical-attack-on-civilians-in-yemen/>
- <http://security.blogs.cnn.com/2012/12/09/sources-defense-contractors-training-syrian-rebels-in-chemical-weapons/>
- <http://www.mintpressnews.com/witnesses-of-gas-attack-say-saudis-supplied-rebels-with-chemical-weapons/168135/>
- <http://www.mcclatchydc.com/news/nation-world/world/article24755128.html#.UiWIgDZJMUo>
- <http://www.mintpressnews.com/witnesses-of-gas-attack-say-saudis-supplied-rebels-with-chemical-weapons/168135/>
- <http://theeconomiccollapseblog.com/archives/tag/petrodollar>

Übersetzt aus dem Englischen von AnonHQ.com <http://anonhq.com/shhh-dont-mention-saudi-regimes-us-backed-chemical-attacks/>

Quelle: <http://derwaechter.net/pssst-erwahren-sie-nicht-die-von-den-usa-unterstuetzten-chemiewaffen-angriffe-des-saudischen-regimes>

## Heutige Sklaven-Märkte handeln mit Flüchtlingen in Libyen

*Veröffentlicht am April 22, 2017 in Menschenrechte/Welt von cosmicus*

**Was würde ein Mensch beim «Verkauf» auf dem Sex-Markt oder Zwangsarbeitsmarkt «erzielen»? Laut Zentrale der Vereinten Nationen etwa 500 US-Dollar.**

Al Jazeera hat über die heutigen Sklavenmärkte berichtet, wo Hunderte von Flüchtlingen und Migranten durch Libyen geschleust werden. Diese afrikanischen Flüchtlinge und Migranten werden zur Erzielung von Lösegeld oder zur Ausbeutung in den Zwangsarbeitsmärkten festgehalten.

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) sagte, dass Interviews, die sie mit westafrikanischen Migranten führten, die Geschäftspraktiken und Menschen-Schmuggelzentren in Sabha, einer Stadt im Süden von Libyen, offenbart hätten. Flüchtlinge und Migranten werden anscheinend wie Waren von Parkplätzen und Garagen aus zu Preisen zwischen 200 und 500 Dollar pro Person gehandelt, je nach ihren individuellen Fähigkeiten.

«Der Verkauf von Menschen wird zu einem Trend unter den Schmugglern, da die Schmuggelnetze in Libyen immer stärker und stärker werden», sagte Othman Belbeisi, Leiter der Libyen-Mission von IOM.

Die meisten Flüchtlinge werden auf ihrer Route nach Italien gefangen, während sie auf Boote gehen oder wenn sie nach Norden in Richtung der libyschen Mittelmeerküste ziehen.

«Was Frauen anbetrifft, so haben wir viel über schlechte Behandlung gehört, Vergewaltigung und Zwang in die Prostitution», sagte Belbeisi. Andere, die in der Landwirtschaft und am Bau eingesetzt werden, erhalten vereinzelt Bezahlung, aber die meisten werden zur Arbeit gezwungen.

Diejenigen, die ihre Fänger nicht bezahlen können, lässt man oftmals verhungern, oder sie werden geschlagen und getötet.

Mohammed Abdiker, IOMs Verwaltungsdirektor und auch für Notfälle zuständig, bezeichnete die Situation als entsetzlich. «Was wir wissen, ist, dass Migranten, die in die Hände von Schmugglern fallen, systematischer Unterernährung, sexuellem Missbrauch und sogar Mord ausgesetzt sind», sagte er. «Im vergangenen Jahr haben wir erfahren, dass in einem einzigen Monat 14 Migranten an einem dieser Orte gestorben sind, nur wegen Krankheit und Unterernährung. Wir hören über Massengräber in der Wüste.»

Belbeisi erläuterte der BBC, dass die «Preise» für Flüchtlinge, die in die Sklaverei gezwungen wurden, nach deren Fähigkeiten festgesetzt werden. «Offenkundig haben sie kein Geld, und ihre Familien können das Lösegeld nicht bezahlen, also werden sie verkauft, um wenigstens einen minimalen Nutzen durch sie zu erzielen», sagte er. «Der Preis ist definitiv unterschiedlich je nach ihren Qualifikationen, zum Beispiel, wenn sie Anstreichen, Fliesen legen, oder eine spezialisierte Arbeit ausführen können, dann geht der Preis nach oben.»

UNICEF veröffentlichte im Februar einen ausführlichen Bericht zur Dokumentation des sexuellen Missbrauchs und der Sklaverei von gefährdeten Kindern, die von Libyen nach Italien reisen. Der Bericht stellte fest, dass im Jahr 2016 fast 26 000 Kinder das Mittelmeer überquerten, von denen eine erhebliche Anzahl Missbrauch erleidet. Eine tödliche Reise für Kinder: Die Migrationsroute von Nordafrika zu den Staaten Europas:

«Das Mittelmeer von Nordafrika nach Europa gehört für Kinder und Frauen zu den tödlichsten und gefährlichsten Flüchtlingsrouten der Welt», sagte Afshan Khan, UNICEF Regionaldirektor und Sonderkoordinator für die Flüchtlings- und Reaktionskrisen in Europa. «Die Strecke wird überwiegend von Schmugglern, Menschenhändlern und anderen Menschen kontrolliert, die Jagd auf verzweifelte Kinder und Frauen machen, die einfach nur Zuflucht suchen oder ein besseres Leben. Wir brauchen zum Schutz von Migrationskindern sichere und legale Wege und Massnahmen, auf denen sie sicher sind und Räuber in Schach gehalten werden.»

IOM-Mitarbeiter versuchen, Flüchtlinge, die planen, diese Route für ihre Wanderung zu nutzen, über die drohenden Gefahren aufzuklären. IOM Chef-Sprecher Leonard Doyle sagte, dass die Aufnahme von Zeugnissen von denen, die das bereits durchlaufen haben, und die Ausstrahlung über lokale FM-Radiostationen und soziale Medien, ein Mittel sind, von dem er sich erhofft, dass die Botschaft von künftigen Flüchtlingen verstanden wird. «Migranten, die nach Libyen gehen, während sie versuchen, nach Europa zu kommen, haben keine Ahnung, welches Folter-Szenario sie direkt hinter der Grenze erwartet», sagte Doyle. «Dort werden sie zu Waren, die gekauft, verkauft und entsorgt werden, wenn sie keinen Wert mehr haben.»

Verweise:

- <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=56540#.WO4NjIVOJTw>
- <http://www.aljazeera.com/news/2017/04/iom-african-migrants-traded-libya-slave-markets-170411141809641.html>
- <http://www.bbc.com/news/world-africa-39567632>
- <https://www.unicef.org.uk/press-releases/children-deadly-journeys-to-europe/>
- <http://www.onuitalia.com/2017/04/11/iom-slave-markets-libya-niger-stories-migrants-describe-valet-tears/>

Übersetzt aus dem Englischen von AnonHQ.com <http://anonhq.com/modern-day-slave-markets-trade-refugees-libya/>  
Quelle: <http://derwaechter.net/heutige-sklaven-markte-handeln-mit-fluchtlingen-in-libyen>

## Erstunken und erlogen: «Schwulen-Genozid in Tschetschenien» ist Propaganda

Gert-Ewen Ungar; RT Deutsch; Mi, 19 Apr 2017 07:48 UTC

*Konzentrationslager für Hunderte Schwule, Folter und Mord: Das alles soll sich, glaubt man westlichen Medien und NGOs, in der autonomen russischen Kaukasusrepublik Tschetschenien zutragen. Einzig die dortige Gay-Community weiss nichts darüber.*

Die Anschuldigungen sind gravierend. Hunderte von homosexuellen Männern sollen in der autonomen russischen Republik Tschetschenien in Konzentrationslagern für Homosexuelle interniert worden sein. Es werde gefoltert und gemordet. Westliche Medien und LGBT-Organisationen sprechen bereits von einem angeblichen Genozid und fordern harte Reaktionen gegen Russland.

Auch auf politischer Ebene sind die Vorwürfe inzwischen in ganz grossem Rahmen ein Thema. Sowohl die OSZE als auch die UNO haben sich an Russland gewendet und fordern das Land dazu auf, den Vorwürfen nachzugehen. Auf Facebook kann man sein Profil seit einigen Tagen mit einem rosa Winkel und dem auch auf Twitter kursierenden Hashtag #chechnya100 schmücken und so seine Sorge und seine Solidarität mit tschetschenischen Schwulen ausdrücken. Auch als T-Shirt ist dieses Symbol der Solidarität erhältlich. Eine ähnliche Solidaritätsbekundung nach dem Attentat in Sankt Petersburg war hingegen ausgeblieben.

### Doppel-Jackpot: Fake-Berichte treffen Russland und Islam gleichzeitig

Die einzige Quelle für diese Behauptung ist bislang die «Novaja Gaseta», von der anschliessend einige Clickbait-Portale abgekupfert hatten. Einzig «The Guardian» will eine zweite Quelle aufgetan haben und zitiert einen Mann namens Achmed. **Dessen Geschichte ist jedoch genauso grausam wie hermetisch gegen jede Überprüfung abgesichert.** Ihre Glaubwürdigkeit stünde vermutlich in Frage, würde die identische Darstellung einen Sachverhalt in einem westlichen Land schildern.

Während es anfänglich noch um maximal einhundert Internierte ging, ist **inzwischen** von Hunderten die Rede. Überprüfbar seien die Schilderungen nicht, **weil sie sich faktisch nicht überprüfen liessen.** Niemand redet, macht uns «The Guardian» weis. Aus Angst vor Verfolgung selbstverständlich. Russland eben. Und – was das Ganze zum Sechser mit Zusatzzahl macht – der Islam eben, denn Tschetschenien ist eine überwiegend muslimische Republik. **Alle Vorurteile auf einmal bedient.**

Dabei wirft alleine der Common Sense schon einige Fragen auf. Grosny, die Hauptstadt Tschetscheniens, hat rund 200 000 Einwohner und ist damit so gross wie Kiel, Halle oder Krefeld. Sollten dort Hunderte von Menschen aus einer Subkultur verschwinden, **kann das nicht unbemerkt bleiben,** zumindest nicht innerhalb dieser selbst. Selbst mit Blick auf Tschetschenien mit seinen gerade mal 1,3 Millionen Einwohnern liegt diese Überlegung nahe.

### Mangel an Fakten durch ein Mehr an Empörung ersetzt

Entsprechend dieser Logik haben Aktivisten damit begonnen, über Subkultur-spezifische Netzwerke einfach nachzufragen, was an der Meldung der «Novaja Gaseta» dran ist. Sie erhalten immer die gleiche Auskunft: Nichts. **Doch wenn es um Russland geht, ist Evidenz unerheblich.**

Auch dass die russische Menschenrechtsbeauftragte zugesagt hat, sich der Vorwürfe anzunehmen, kann beiseite gewischt werden. Und wenn, wie gestern Interfax meldet, sich auch noch die tschetschenische Staatsanwaltschaft mit den Vorwürfen beschäftigen wird, dann beruhigt das hierzulande niemanden. **Die Empörungsmaschine läuft auf Hochtouren und lässt sich durch ein paar lächerliche Fakten nicht abbremsen.**

Dass die Berichterstattung im Westen über die mutmasslichen Vorfälle **alles andere als sauber und neutral** ist, fällt dabei unter den Tisch. Die Organisation avaa.org versah ihren Bericht über die angeblichen Gräueltaten in Tschetschenien mit einem Bild **von einer Demonstration im Jahr 2010,** auf der sich der LGBT-Aktivist Nikolaj Alekseew von der Polizei wegtragen lässt. **Amnesty International übernimmt das Bild** und suggeriert auf diese Weise gleich in einem Aufwaschen auch, dass es in Tschetschenien ein erhebliches Problem mit Polizeigewalt gäbe. **Auch hierfür fehlt es an belastbaren Belegen.**

**Nikolaj Alekseew hat auf seiner Facebookseite unterdessen angekündigt, gegen «Novaja Gaseta» wegen der Verbreitung von Falschnachrichten klagen zu wollen.**

### Russische LGBT-Gruppen wittern Instrumentalisierung

Generell ist das Verhältnis zwischen westlichen LGBT-Organisationen und russischen eher gestört, **um es mal freundlich auszudrücken.** Aus russischer Sicht geht es den westlichen Fürsprechern eben nicht um ein solidarisches Miteinander über Grenzen hinweg. Aus der Sicht vieler russischer LGBT-Organisationen lassen sich westliche Gruppen einfach für ein gegen Russland gerichtetes politisches Spiel **missbrauchen oder betreiben dieses sogar selbst aktiv mit.** **Im Interesse der russischen LGBT-Bewegung sind die hiesigen Aktionen jedenfalls nicht.** Dass sich das Gros der russischen Medien aus der Berichterstattung über ein angebliches Konzentrationslager für Schwule in Tschetschenien weitgehend zurückgezogen hat, diese sich inzwischen auf «Novaja Gaseta» und «Radio Swoboda» beschränkt, **ein Propagandatool aus dem Kalten Krieg,** das im Zusammenhang mit dem Ukrainekonflikt reaktiviert wurde, verkaufen westliche Organisationen nun als Beweis dafür, dass es in Russland ein generelles Desinteresse an LGBT-Themen gibt. Das ist allerdings nicht der Fall.

Dass es sich **einfach um Fake News handeln könnte,** darauf kommt man in der westlichen Community nicht und geht fleissig weiter auf die Strasse. Auf diese Weise spitzt man weiter zu, **wo eigentlich eine vernünftige Bestandsaufnahme notwendig wäre.**

Die russische LGBT-Community ist nicht restlos davon überzeugt, dass es den westlichen Gruppen tatsächlich um grenzüberschreitende Solidarität geht.

Mit Aufklärung und Emanzipation hat der blinde Aktionismus westlicher LGBT-Organisationen jedenfalls nichts zu tun. Beim letzten Mal als der Begriff «Genozid» mit Blick auf Ereignisse in Osteuropa breit in die Öffentlichkeit getragen wurde, **wurde damit der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen Jugoslawien begründet. Diesen angeblichen Genozid freilich hat es nie gegeben.**

Quelle: <https://de.sott.net/article/29177-Erstunken-und-erlogen-Schwulen-Genozid-in-Tschetschenien-ist-Propaganda>

## Die Mutter aller Doppelmoral und Scheinheiligkeit

Freitag, 21. April 2017, von Freeman um 07:00

Es ist wieder typisch wie einige tote syrische Kinder von grosser Bedeutung sind und andere tote syrische Kinder überhaupt nichts bedeuten. Ein Anschlag in Syrien vor zwei Wochen hat Kinder und Babys getötet und unsere politischen Führer und Medien haben sich vor lauter Empörung nicht mehr beruhigt. Aber der Anschlag vom vergangenen Wochenende tötete viel mehr Kinder und Babys, hat aber nichts als völliges Schweigen hervorgebracht, genau von denen die gerade vorher sich so echauffiert haben und behaupteten, unsere moralischen Werte müssen verteidigt werden, sogar mit militärischen Mitteln. Wie kann so ein krasser Unterschied in der Beurteilung von toten Kindern sein?

Als ein Giftgasangriff am 4. April in Syrien mehr als 70 Menschen tötete, einschliesslich Kinder und Babys, hat Donald Trump 48 Stunden später einen Angriff mit 59 Marschflugkörpern auf Syrien befohlen. Amerika, Europa und die ganze Welt applaudierten diese «Vergeltung». So auch die Medien, die vor Begeisterung und Freude aus dem Häuschen waren. Trump sagte, Präsident Bashar al-Assad sei «böse» und «ein Tier», und er sei ein «Schlächter». Die EU verurteilte die syrische Regierung, Paris und Berlin sagten, Assad müsse «für seine verbrecherischen Taten» zur Verantwortung gezogen werden. Fast jeder westliche Staatsführer verlangte, Assad muss weg.

Dennoch, nach dem Terrorangriff diese Woche auf einen Konvoi bestehend aus Flüchtlingen ausserhalb von Aleppo, der 126 syrische Zivilisten tötete, davon mehr als 80 Kinder, hat das Weisse Haus, der Élysée-Palast und das Kanzleramt NICHTS dazu gesagt. Totenstille. Obwohl die Zahl an Opfern viel grösser war, hat Trump nicht mal wie üblich über einen Tweet seine Trauer ausgedrückt. Keinen sofortigen Befehl zur Vergeltung an die US-Navy gegeben. Die EU hat keinen Pieps geäussert. Auch Hollande und Merkel brachten kein Wort der Anteilnahme heraus.

Haben sie überhaupt kein Schamgefühl? Was für eine Herzlosigkeit. Was für eine Schande. Wie abscheulich ist es, dass unser «Mitleid» sofort endet, wenn wir realisieren, dass man das Massaker an Unschuldigen nicht Assad in die Schuhe schieben kann und deshalb sind die Opfer keine einzige Träne wert. Warum? Weil es sich bei den 126 Syrern, die ausserhalb von Aleppo getötet wurden, um Schiiten handelte, die von zwei von der Regierung gehaltenen Gebieten im Norden Syriens evakuiert wurden. Ihre Mörder sind «Rebellen» der al-Nusra oder sunnitische Terroristen, die sich neu Fatah al-Scham nennen, die der Westen unterstützt und im Krieg gegen Syrien mit Waffen beliefert.

Diese Konstellation qualifiziert sich nicht als empörend und bedarf nicht unseres Mitleids. Die einzigen, die etwas über den Massenmord gesagt haben war die UN, die neueste Attacke sei «ein neuer Horror», und Papst Franziskus, in dem er sagte, «die letzte schändliche Attacke auf Flüchtlinge hat zahlreiche Tote und Verletzte gefordert». Das war alles!!!

Was war aber vorher mit den rührseligen Geschichten über Ivanka Trump, die sich als Mutter besonders durch die Videoaufnahmen aus Khan Shaykoun bewegt fühlte, der Ort des Giftgasangriffs vom 4. April, und ihren Vater aufgefordert hat, etwas dagegen zu unternehmen. Oder was ist mit Federica Mogherini, die Hohe Vertreterin der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik, welche die Attacke als «furchtbar» beschrieben hat und darauf bestand, sie würde «zuallererst als Mutter sprechen»? Ja und dann Ursula von der Leyen, eine siebenfache Mutter, die sagte, Syriens Machthaber Assad sei «ein Schlächter», und der Militärschlag der USA gegen Syrien sei völlig gerechtfertigt gewesen.

Als aber letztes Wochenende die Aufnahmen der toten und durch eine Bombe zerfetzten Kinder zu sehen waren, kam TOTALES SCHWEIGEN von diesen sogenannten «Müttern».

Obwohl es über die Täterschaft des Giftgasangriffs vom 4. April sehr viele unbewiesene Behauptungen gibt und bis heute kein einziger Beweis vorgelegt wurde, dass die syrische Armee diesen ausgeführt hätte und Präsident Assad dazu den Befehl gegeben habe, ist die Urheberschaft der neuesten Attacke zweifelsfrei belegt. Es waren die radikal-islamischen Terroristen der al-Nusra, die auf heimtückische Art und Weise, bewusst und mit mörderischer Brutalität, das Massaker verübten.

Die Selbstmordattentäter gingen auf die Busse mit den Flüchtlingen zu, die mit Kindern gefüllt waren, und offerierten ihnen Kekse und Chips, um sie anzulocken und in Sicherheit zu wiegen. Dann zündeten sie die Sprengsätze und die gigantische Explosion tötete 126 Menschen, davon 80 Kinder!!! Und dieses ungeheuerliche Vorgehen löst keine einzige emotionale Reaktion bei den westlichen Politikern aus???

Die Vertreter des Westens haben auf heuchlerische Weise über die «wunderschönen Babys» geweint und lamentiert, die angeblich sunnitische Opfer der Assad-Regierung sind. Aber wenn viel mehr schiitische Babys in Fetzen zerrissen werden, sind sie keine Träne wert. Trump scherte es nicht im Geringsten. Die Muttergefühle von Ivanka

Trump, Federica Mogherini und Ursula von der Leyen gab es in diesem Falle nicht. Die Fake-News-Medien überschlagen sich nicht mit dem Horror dieser Tat.

Ich spucke auf sie alle, denn sie beweisen damit, dass das, was sie vorher gezeigt haben, nur geheucheltes Theater war. Tote Kinder werden von ihnen nur für politische Zwecke missbraucht, denn es geht ihnen darum, Hass gegen Präsident Assad zu schüren und ein illegales militärisches Vorgehen zu rechtfertigen. Das wirkliche Schicksal der Kinder Syriens kümmert sie einen Dreck. Aber das war ja von vornherein klar, als sie den Terror vor sechs Jahren ins Land brachten, um Assad zu stürzen.

Folgende Meldung werdet ihr NICHT von den Fake-News-Medien hören oder bei ihnen lesen: Theodore Postol, Experte für Chemiewaffen und Professor Emeritus des Massachusetts Institute of Technology (MIT), hat einen 14-seitigen Bericht veröffentlicht, welcher die Behauptungen im 4-seitigen Bericht der Trump-Regierung widersprechen, es gebe «Beweise», dass Bashar al-Assad hinter dem angeblichen Giftgasangriff vom 4. April stünde.

Der Regierungsbericht *«beinhaltet absolut keinen Beweis, dass die Attacke mit einem Luftangriff durch ein Flugzeug erfolgte. Tatsächlich beinhaltet der Bericht keinerlei Beweise, wer der Täter dieses Angriffs überhaupt war»*, schreibt Postol. Seine Analyse des Ereignisses in Idlib zeige, *«dass die Munition mit Sicherheit am Boden platziert wurde mit einem externen Sprengsatz darauf.»*

Postol sagt, das Weisse Haus habe die Beweise *«fabriziert»* und habe *«ganz bestimmt nicht die Prozedur befolgt, die sie behauptet eingesetzt zu haben»*, um auf die Schlussfolgerung zu kommen, Assad sei für den Abwurf einer Chemiewaffe in Khan Shaykoun verantwortlich.

Es ist nur der dürftige Versuch zu überdecken, dass Trump den Befehl zum Angriff gegen die syrische Luftwaffenbasis gegeben hat ohne echte Beweise zu haben. *«Es handelt sich um einen grob fahrlässigen Präsidenten, der die Sicherheit der Nation aufs Spiel setzt, indem er eine Eskalation mit Russland riskiert»*, sagt Postol.

Interessant ist wieder, die New York Times hat Postol im Jahr 2013 *«den führenden Experten für Chemiewaffen»* genannt, aber dieses Fake-News-Medium ignoriert jetzt seinen Bericht und seine Meinung als Experte komplett. Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2017/04/die-mutter-aller-doppelmoral-und.html#ixzz4f9EG2Cbp>

## Über Geert Wilders und Europas Traum von einer utopischen Zukunft

Von Nancy McDonnell; Aktualisiert: 20. April 2017 10:32

Europa träumt immer noch den Traum von einer utopischen Zukunft, in der Armut von Wohlfahrtssystemen überwunden und Gewalt durch Offenheit und Liebe besiegt wird, schreibt der Pariser Professor Guy Millière und rechnet mit einer Vogel Strauss-Politik in Europa ab, bei der Kritiker des radikalen Islam verleumdet werden und Mörder frei herumlaufen.



Der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders beim letzten TV-Duell vor der Wahl.  
Foto: Phil Nijhuis/dpa

Geert Wilders wird in ganz Europa oft als gefährlicher Mann und rechter Brandstifter bezeichnet. Die niederländischen Medien verbreiten seit Jahren Hass und Verleumdung gegen ihn. Im vergangenen Dezember hat ein Gremium von drei Richtern den Politiker der *«Aufstachelung zur Diskriminierung»* schuldig gesprochen. Hat Geert Wilders so viel Hass verdient?

Guy Millière, Pariser Professor und Autor von 27 Büchern über Frankreich und Europa hat sich näher mit dem Politiker befasst und kam zu dem Ergebnis, *«dass es sein einziges «Verbrechen» ist, «die durch die Islamisierung der Niederlande und des übrigen Europas vertretene Gefahr zu verurteilen und zu behaupten, dass der Islam eine tödliche Bedrohung für die Freiheit darstelle.»*

Keine von Wilders Reden habe jemals zu Gewalt aufgefördert, die Gewalt, die ihn umgibt, ist ausschliesslich auf

ihn gerichtet, so Millière weiter. Wilders verteidige die Menschenrechte und die demokratischen Grundsätze und sei ein entschlossener Feind aller Formen des Antisemitismus.

In den Niederlanden sei die Kritik am Islam besonders gefährlich und die muslimische Gemeinschaft zeige nur wenige Zeichen der Integration, analysiert der Professor. Es würden immer mehr Unruhen ausbrechen, immer mehr niederländische Bürger angegriffen. In den Vorstädten würden ethnische Säuberungen stattfinden. Bezirke, die lange von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde bewohnt wurden, seien fast ganz muslimisch geworden.

Behörden würden den Juden empfehlen, kein «sichtbares Zeichen» des Judentums zu tragen, niederländische Frauen sollten sich «bescheiden» kleiden und Hundebesitzer würden gebeten, ihre Haustiere drinnen zu halten (im Islam gelten Hunde als unrein). Etwa 20 Prozent aller Gefängnisinsassen in den Niederlanden sind Muslime, so Millière weiter.

2004 wurde der niederländische Filmemacher Theo van Gogh wegen einem «islamisch falschen» Film ermordet, zwei Jahre zuvor der Politiker Pim Fortuyn, der den Islam als «feindliche Religion» definierte. Geert Wilders lebt rund um die Uhr unter Polizeischutz.

Geert Wilders sei der einzige, der über all diese Probleme spreche, meint der Professor, und doch würden es die politischen Führer und Journalisten vorziehen, Geert Wilders zum Problem zu machen. Ohne ihn würden die Probleme angeblich nicht existieren. «Im besten Fall sagen sie wolkige Worte, um Stärke zu zeigen; im schlimmsten Fall kehren sie den Dingen den Rücken zu», schreibt Millière.

Wilders Partei für die Freiheit erhielt bei den niederländischen Wahlen fünf Sitze dazu und hat nun 20 Sitze im Parlament. Von 150 Plätzen insgesamt ist das nicht viel. Die nächste Regierungs-Koalition wird wahrscheinlich aus vier oder fünf Parteien bestehen und wird vermutlich mehr nach links tendieren als früher, vermutet Millière und geht davon aus, dass sich die Situation im Land in den kommenden Jahren sicherlich verschlechtern wird.

In einem vor zehn Jahren veröffentlichten Bericht über die Islamisierung der Niederlande habe Manfred Gerstenfeld geschrieben, dass «Widerstand gegen radikale Kräfte innerhalb der niederländischen muslimischen Gemeinschaft schwach ist.» Seit dieser Zeit hat sich laut Millière nichts geändert. «Politiker, die es wagen, so zu reden wie Geert Wilders, werden so behandelt wie Geert Wilders: Sie werden verachtet, marginalisiert, vor Gericht gestellt.»

In Westeuropa glaube man immer noch an die westliche Schuld, der Westen habe den Islam doch so lang unterdrückt. Doch dabei wird vergessen, so Millière weiter, dass der Islam den Westen lange unterdrückt hat. «Die muslimischen Armeen eroberten Persien, das christliche byzantinische Reich, Nordafrika und den Nahen Osten, Spanien, Griechenland, Ungarn, Serbien und den Balkan und praktisch ganz Osteuropa. Die muslimischen Armeen waren eine ständige Bedrohung, bis die marodierenden osmanischen Truppen im Jahre 1683 endlich vor den Toren Wiens geschlagen wurden.»

Europa träume immer noch den Traum von einer utopischen Zukunft, in der Armut von Wohlfahrtssystemen überwunden und Gewalt durch Offenheit und Liebe besiegt wird, so der Autor. Diese Weltanschauung habe vielleicht auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel dazu gebracht, die Türen für mehr als eine Million unüberprüfte muslimische Migranten zu öffnen, und das «trotz einer Migranten-Kriminalitätswelle und einer wachsenden Zahl von Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffen.»

Solch eine romantisierte, utopische Weltanschauung erkläre laut Millière auch, «warum in Europa Menschen wie Geert Wilders als die Inkarnation des Bösen gesehen werden, aber der radikale Islam als eine marginale Beeinträchtigung gilt, die keinen Bezug zur «Religion des Friedens» hat.» Geert Wilders müsse unter Polizeischutz leben, während diejenigen, die ihn schlachten wollen und gleichzeitig Millionen von Menschen in Europa bedrohen, frei herumlaufen.

Millière abschliessend: «Diese pubertäre Sichtweise steckt so tief in den Köpfen von Millionen von Europäern, dass viel schnelles Erwachsenwerden erforderlich sein wird, um es zu beseitigen.»

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/ueber-geert-wilders-und-europas-traum-von-einer-utopischen-zukunft-a2099173.html>

## **Erschreckende neue Studie zeigt, Menschen sind bereit, völlig Fremde zu verletzen, nur um der Autorität zu gehorchen**

*Veröffentlicht am April 22, 2017 in Welt von cosmicus*

Ein Staat muss, um Krieg veranstalten zu können, seine Bevölkerung davon überzeugen, dass das Töten anderer Menschen gerecht und notwendig sei. Viele verschiedene Begründungen haben sich über die Jahrtausende hinweg aufgebaut – von der Kontrolle über Ressourcen und der Ausrottung von Rassen bis hin zu

«Terrorismusbekämpfung» – aber die Ermordung von Fremden erfordert einen besonderen Gehorsam gegenüber der Autorität.

Vor fünfzig Jahren führte der Psychologe Stanley Milgram das nach ihm benannte sogenannte Milgram-Experiment durch zur Messung der Bereitschaft der Studienteilnehmer, andere im Interesse des Gehorsams gegenüber der Autorität zu verletzen, und zwar auch, wenn es mit ihrem persönlichen Gewissen in Konflikt steht. Die Ergebnisse, die 1963 veröffentlicht wurden, zeigten, dass ein sehr hoher Prozentsatz der Teilnehmer bereit war, Befehle zu befolgen und schwere Verletzungen für andere zu verursachen.

Man würde denken, dass 50 Jahre später – nach den Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg, dem Schrecken von Vietnam, der plumpen Torheit der Irak-Invasion und der langen Liste brutaler Militärkreuzzüge – die Menschheit eigentlich eine grössere Abneigung dagegen haben sollte, anderen auf Geheiss der Autorität Schaden zuzufügen. Aber eine Replikation des Milgram-Experiments zeigt, dass die Menschen so willig sind wie jemals zuvor, der Autorität dahingehend zu folgen, dass sie ihre Mitmenschen verletzen.

Die Frage ist direkt: «Würden Sie im Jahr 2015 einen Elektroschock anwenden?», und die Antwort ist laut den Ergebnissen dieser Replikationsstudie «Ja.» *Sozialpsychologen der SWPS-Universität für Sozialwissenschaften und Geisteswissenschaften in Polen replizierten eine moderne Version des Milgram-Experiments und fanden Ergebnisse ähnlich wie bei Studien 50 Jahre zuvor ...*

*Die Forscher rekrutierten für die Studie 80 Teilnehmer (40 Männer und 40 Frauen) im Alter von 18 bis 69 Jahren. Die Teilnehmer hatten bis zu 10 Tasten zu drücken, jede für eine höhere «Schock»-Ebene. Die Ergebnisse zeigen, dass der Grad der Folgsamkeit der Teilnehmer ähnlich hoch ist wie derjenige bei der ursprünglichen Milgram-Studie. Sie fanden, dass 90% der Menschen bereit waren, im Experiment auf das höchste Niveau zu gehen.*

Der Co-Autor der Studie, Tomasz Grzyb, stellte fest, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen zunächst beteuert hatten, sie würden sich «niemals so verhalten», wie die ursprünglichen Milgram-Experimente seinerzeit gezeigt hatten, aber dennoch veranschaulicht ihre Studie «die enorme Macht der Situation, mit der die Teilnehmer konfrontiert werden und wie leicht sie etwas zustimmen, was sie eigentlich unangenehm finden.»

Grzyb kommt zu dem Schluss, dass sich die Dinge nicht wirklich verändert haben, und «**eine auffällige Mehrheit der Teilnehmer ist immer noch bereit, Elektroschock gegen ein hilfloses Individuum anzuwenden.**»

Ergebnisse wie diese sind nicht gut für eine Welt, in der die Kriegsführung zu einem unermesslich rentablen Unternehmen geworden ist, trotz der damaligen Warnung Eisenhowers vor einem Aufstieg des militärisch-industriellen Komplexes. Um den Fluss der Bomben und Kugeln – sowie der Gewinne – aufrechtzuerhalten, muss der Staat die Angst vor einem Feindbild pflegen. Der «Krieg gegen den Terror» ist heutzutage die Entschuldigung, um Fremde massenweise zu ermorden, des «Folgens von Befehlen» willen.

Angst vor dem Unbekannten und Aggression gegenüber Randgruppen (Rassengruppen, Minderheiten, usw.) können die Neigung zu Autoritarismus sehr stark fördern. Leider sehen wir das Potential dafür in den USA. Anderen Schaden zuzufügen, selbst wenn man dabei mit dem persönlichen Gewissen in Konflikt gerät, kann rationalisiert werden, wenn es darum geht, der Autorität zu gehorchen.

Einige der Studienteilnehmer im ersten Milgram-Experiment waren wirklich in Konflikt geraten und zeigten Anzeichen wie «Schwitzen, Zittern, Stottern, auf die Lippen beißen, Stöhnen, Fingernägel in die Haut graben» während sie an «schreienden Opfern» anwandten, was sie für zunehmend starke wirkliche Elektroschocks hielten.

An diesem Tag schrieb Milgram:

*«Die extreme Bereitschaft der Erwachsenen, auf Befehl einer Autorität fast beliebig weit zu gehen, stellt die wesentliche Erkenntnis der Studie dar und zugleich die Tatsache, welche dringend nach einer Erklärung verlangt.*

*Gewöhnliche Leute, die einfach ihrer Arbeit nachgehen und keinerlei besondere Feindseligkeit hegen, können in einem schrecklichen zerstörerischen Prozess zu Agenten werden. Darüber hinaus: Selbst als die zerstörerischen Auswirkungen ihres Handelns klar werden, und man sie auffordert, Massnahmen durchzuführen, die mit grundlegenden Standards der Moral unvereinbar sind, haben nur relativ wenige Menschen die notwendige Kraft, der Autorität zu widerstehen.»*

Er hat in diesem Zusammenhang zwei Theorien aufgestellt, eine des Konformismus und eine andere des «Staatsagenten», wo Milgram sagte, «das Wesen des Gehorsams besteht darin, dass ein Mensch sich selbst als Instrument zur Durchführung der Wünsche eines anderen und sich deshalb nicht mehr als verantwortlich für sein Handeln sieht. Sobald diese kritische Verschiebung der Sichtweise in einer Person aufgetreten ist, folgen alle wesentlichen Merkmale des Gehorsams.»

Jetzt, mehr denn je, müssen wir erkennen, dass die Befolgung von Befehlen keine Rechtfertigung für die Durchführung von Massenmord ist. Wir müssen die offenen und verdeckten Machenschaften des Staates in Frage

stellen, namentlich in dessen Strategie, eine konforme Denkweise in der Bevölkerung zu unterhalten, wonach es gut und notwendig sei, anderen Schaden zuzufügen, um der Autorität zu gehorchen.

Verweise:

- <http://www.spsp.org/news-center/press-releases/milgram-poland-obey>
- [https://en.wikipedia.org/wiki/Milgram\\_experiment#Interpretations](https://en.wikipedia.org/wiki/Milgram_experiment#Interpretations)

Übersetzt aus dem Englischen von <http://thefreethoughtproject.com/horrifying-study-shows-people-willing-to-hurt-complete-strangers-if-an-authority-figure-tells-them-to/>

Quelle: <http://derwaechter.net/erschreckende-neue-studie-zeigt-menschen-sind-bereit-vollig-fremde-zu-verletzen-nur-um-autoritat-zu-gehorden>

## Klartext: Rede von AfD-Parteisprecher Jörg Meuthen in schriftlicher Form

*Epoch Times; Aktualisiert: 23. April 2017 9:09*

Diese Rede von AfD-Parteisprecher Jörg Meuthen gibt es jetzt auch in schriftlicher Form, wir dokumentieren sie zusätzlich zu dem Video vom Parteitag am 22. April 2017 in Köln: Grusswort zum Bundesparteitag. – Es gab viel Beifall im Saal und Standing Ovations für Meuthen.



*Parteisprecher Jörg Meuthen am 22. April auf dem Bundesparteitag der AfD.  
Foto: Sascha Schuermann/Getty Images*

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
hochverehrte anwesende Gäste ausländischer Vertretungen,  
geschätzte anwesende Pressevertreter,  
liebe weitere Gäste, liebe Parteifreunde!

In den Tagen vor diesem Bundesparteitag habe ich in allerlei Dingen ein Déjà-vu-Erlebnis gehabt: Wieder einmal schlagen die Wogen in unserer Partei hoch. Wieder einmal ist viel von Streit und Zerwürfnis die Rede gewesen. Wieder einmal hat es sehr viele Gespräche und allerlei Hektik im Vorfeld des Parteitages gegeben. Wieder einmal bemühten sich unsere zahlreichen politischen Gegner und Feinde, uns das Totenglöcklein zu läuten. Wieder einmal konfrontiert man uns mit echt oder vorgeblich sinkenden Umfragewerten. Und wieder einmal erlebe ich, wie sich viele Parteimitglieder in durchaus nachvollziehbarer Sorge um unsere Partei und unser politisches Projekt befinden, einige in fast schon panikartigen Reaktionen.

Wieder einmal, das sage ich Ihnen aber auch, habe ich mich – mit Erfolg! – bemüht, mich selbst von alledem nicht anstecken zu lassen und mir meine Gelassenheit zu bewahren.

Und ich bin mir jetzt im Moment, zu Beginn dieses in der Tat sehr wichtigen Parteitages, sehr sicher, dass ich in den nächsten Stunden und Tagen noch ein paar weitere Déjà-vus haben werde. Wenn man sich nämlich die noch recht junge und gar nicht so zahlreiche Geschichte unserer Bundesparteitage anschaut, dann waren sie zwar erstens nahezu alle von mehr oder minder grossen Aufgeregtheiten insbesondere vor deren Beginn, manche auch noch im frühen Verlauf gekennzeichnet. Vor allem aber waren sie zweitens – allen vorangehenden Aufgeregtheiten und Befindlichkeiten zum Trotz – in ihrem schliesslichen Ergebnis praktisch immer zielführend und erfolgreich. Und ich gehe felsenfest davon aus, dass das auch bei diesem Kölner Parteitag der Fall sein wird. Ich wage die Prognose:

- Am Sonntagabend werden wir ein hochkompetentes Spitzenkandidatenteam haben, das den Kopf und die Gesichter unseres Bundestagswahlkampfes bilden wird.
- Am Sonntagabend werden wir ausgezeichnete neue Richter und Ersatzrichter für das Bundesschiedsgericht haben.
- Und vor allem: Am Sonntagabend werden wir in grosser Eintracht ein überzeugendes Programm zur Bundestagswahl verabschiedet haben, in dem sich unsere Parteimitglieder wiederfinden und mit dem wir Bürger

mit gesundem Menschenverstand in sehr grosser Zahl werden überzeugen können, uns, der Alternative für Deutschland, am 24. September ihre Stimme zu geben!

Liebe Freunde, dafür sind wir hier – unter zum Teil nicht ganz einfachen Bedingungen, da draussen sind viele unterwegs, die haben es nicht so mit der Demokratie und dem Pluralismus der Meinungen – nach Köln gekommen, dafür haben sich Hunderte von Parteimitgliedern in oft aufopferungsvoller Arbeit über viele Monate in den zahlreichen Ausschüssen engagiert, dafür haben wir alle beträchtliche Kosten an Zeit und oft auch Geld auf uns genommen. Und ich bin bereit, mit jedem im Saal zu wetten: Am Sonntagabend werden wir es wieder einmal geschafft haben. Ich muss dazu nicht einmal den dem hiesigen Rheinländer eigenen Optimismus bemühen, aber vielleicht ist der ja auch ganz hilfreich. Das Rheinland rund um Köln hat nämlich ein ganz eigenes Grundgesetz, eben das Rheinische Grundgesetz, das aus sage und schreibe nur 11 Artikeln besteht. Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang, Artikel 3 zu zitieren. Der lautet so knapp wie klar: «Et hätt noch immer joot jejeange.» Und so, liebe Freunde, ist es und wird es am Ende dieses Parteitages sein.

Liebe Parteifreunde, da schreibt die Journalistin Melanie Amann nach langer Recherche ein ganzes Buch über uns, die Alternative für Deutschland, das unlängst erschienen ist, und betitelt es allen Ernstes mit «Angst für Deutschland». Es wird darin wortreich insinuiert, wir, die AfDler, seien Angstbürger. Angst sei quasi die uns einende Klammer, die uns zur Partei zusammenschweisse. Doch diese Analyse ist, bei aller, bei mir durchaus vorhandenen, Wertschätzung für Frau Amann, ich sage es klar und deutlich, schlicht falsch. Meine Damen und Herren, wer sich in diesem Land zur AfD bekennt, wer für sie kämpft und im Kreisverband am Strassenstand oder wo auch immer Politik macht, darf eines ganz gewiss nicht sein, und ist es auch nicht: Ängstlich. Sondern dazu braucht es Mut, manchmal sogar ziemlich viel davon, und den haben wir auch. Ohne Mut geht das nicht, was wir machen. Gute Politik, liebe Freunde, wird aus Mut gemacht, nicht aus Angst! Und gute Politik machen wir bereits in elf Landtagen unseres Vaterlandes, und in wenigen Wochen werden es dreizehn Landtage sein und im September dann auch der Bundestag!

Ja, ich weiss, auch in unseren Reihen gibt es einige notorische Nörgler und Pessimisten, die über den ja tatsächlich bestehenden innerparteilichen Streit fast in Panik geraten und in jedem kleinen Rückgang von Umfragewerten unserer Partei deren bevorstehenden Niedergang beklagen. Das sind die Zaghaften, denen eine gewisse Angst womöglich tatsächlich nicht ganz fremd ist. Die aber frage ich: Wovor habt Ihr denn eigentlich Angst?

Vor Streit? Im Ernst? Wo würden wir denn angekommen sein, wenn wir jeden Streit vermeiden und womöglich minutenlangen vorbestellten Dauerapplaus wie die Duracell-Klatschhäschen für in der Sache erbärmlich dünne Ausführungen abliefern, wie man es von etlichen CDU-Parteitagen nach Reden dieser Kanzlerdarstellerin Merkel kennt? Was für eine Partei würden wir denn sein, wenn wir uns Kandidaten oder Vorsitzende mit einer Zustimmung von 100% wählen, wie man es ausser bei der SPD – für einen Martin Schulz noch dazu, man stelle sich das einmal vor! – sonst nur noch in Nordkorea kennt (nicht einmal in der DDR war das üblich). Wollt Ihr womöglich dahin? Ich nicht, um das ganz deutlich zu sagen. Offener Diskurs, ja auch Streit, gehört in einer jungen und vitalen politischen Partei, die noch nicht in Apparatschiktum erstarrt ist, dazu, darf sein, ja, muss sogar sein. Kein Grund zur Panik, übrigens auch dann nicht, wenn dabei einmal dies oder das öffentlich wird. Geschadet hat uns das noch nie, wenn es darauf ankam. Erst wenn es Richtung Wahlen geht, dann muss der Streit ruhen, dann müssen die Reihen geschlossen sein, dann muss man gemeinsam in den politischen Kampf gegen die Gegner ziehen. Das aber haben wir noch immer geschafft, erfolgreicher übrigens als jede andere neue Partei in Deutschland vor uns. Und das wird auch in diesem Wahlkampf wieder so sein. Kein Grund zur Angst, wahrlich nicht.

Angst vor sinkenden Umfragewerten? Noch verrückter! Haben denn die Meinungsumfragen zum Wahlverhalten unsere Partei betreffend bislang je gestimmt? Nahezu nie. Fast immer lagen unsere tatsächlichen Wahlergebnisse zum Teil sehr deutlich über den Umfragewerten. Warum sollten wir darauf schauen wie das Kaninchen auf die Schlange? Umfragen sind keine Wahlergebnisse, und es ist auch gar nicht so wichtig, wo man wenige Monate vor einer Wahl steht. Wollen wir am Ende womöglich Manfred Güllner von Forsa etwa Glauben schenken? Ja geht's denn noch? Ich sage es einmal sehr salopp: Es ist mir schlicht scheissegal, was etwa ein Alt-Sozi Manfred Güllner von Forsa, der sowieso nur unseren Untergang herbeiprognostizieren will, in diesen Wochen für schreckliche Zahlen über uns in die Medienwelt setzt. Soll er, sollen sie doch. Erstens weiss ich, dass wir ein sehr solides Wählerpotential haben, das bundesweit mit starken regionalen Differenzierungen bei mindestens 10 Prozent liegt. Zweitens kenne ich den Unterschied zwischen Umfragen und Wahlergebnissen nur zu gut. Nicht einmal den in diesen Wochen vielzitierten Wählerpotentialumfragen schenke ich Vertrauen, und ich wüsste zu benennen, warum nicht. Hochbezahlte Kaffeesatzleserei mit viel Wunschpotential ist das kaum mehr.

Nein, ich habe keine Angst. Ich sehe auch keinen Grund dazu. Im Gegenteil: Ich habe grosse Zuversicht, insbesondere im Hinblick auf die Bundestagswahl. Liebe Freunde, es gibt auch allen Grund dazu, und hier in Köln

fügen wir mit unserem Wahlprogramm einen weiteren guten Grund hinzu. Die Sehnsucht der Menschen nach einer echten, einer lebendigen und vitalen Opposition im Parlament ist so riesengross und das Bewusstsein dafür, dass nur wir diese Opposition liefern können, ist inzwischen so ausgeprägt. Allein das wird uns schon absolut sicher in den Bundestag transportieren.

Also AfD als Kürzel für Angst für Deutschland? Aber ganz sicher nicht. Es bleibt dabei: Wir sind die Alternative für Deutschland, und zwar derzeit ganz sicher die einzige.

Und weil wir alle das wissen und dieses Wissen uns schliesslich allen Differenzen zum Trotz doch immer eint, werden wir gemeinsam einen fulminanten und erfolgreichen Bundestagswahlkampf veranstalten, zu dem dieser Parteitag den Startschuss liefert. Ein jeder von uns ist gehalten, das ihm je Mögliche dazu beizusteuern. Da dürfen keine eigenen Karriereambitionen irgendeine Rolle spielen, ebenso wenig wie persönliche Sym- oder Antipathien. Wir werden nur dann richtig erfolgreich sein, wenn ein jeder sich selbst und sein Ego zurückzunimmt und sich in den Dienst der gemeinsamen Sache zu stellen bereit ist. Ich selbst zum Beispiel, daraus mache ich ja gar kein Geheimnis, hätte durchaus gerne auch für den Bundestag kandidiert. Ich konnte das aber für diese Bundestagswahl nicht tun, weil ich gegenüber meinem Landesverband und meiner Landtagsfraktion im Wort stand und weiter stehe. Das bricht man nicht einfach. Familiäre Gründe kamen dazu. Aber so wird es mir nun Verpflichtung und Ehre zugleich sein, meinen Einsatz für die Partei und die auf die Landeslisten gewählten Kandidaten zu erbringen und intensiv und deutschlandweit im Wahlkampf für ein optimales Ergebnis unserer AfD zu arbeiten. Wie Tausende andere engagierte Parteimitglieder auch. Die sind unser Kapital und unsere Stärke. Wir sind eben keine Partei von Karteileichen, sondern eine echte Graswurzelbewegung mit Mitgliedern, die für ihre Sache glühen und dafür eigene Opfer zu erbringen bereit sind. Darum fürchten uns unsere so müden politischen Gegner so sehr, und sie fürchten uns aus gutem Grund.

Angst also, um darauf zurückzukommen, haben wir nicht, weder in dem, was wir da tun, noch gar als Leitmotiv unserer politischen Arbeit. Was wir aber sehr wohl haben, meine Damen und Herren, ist Sorge um unser Vaterland Deutschland. Die geht tief und ist nur zu begründet. Diese Sorge ist unsere zentrale Motivation. Es ist ganz sicher kein Zufall, dass es in unseren Reihen eine besonders hohe Zahl an Menschen mit in der Regel mehreren Kindern gibt (anders als etwa bei den Grünen). Wir haben das, was Wissenschaftler eine hohe Zukunftspräferenz nennen. Einfacher ausgedrückt: Wir wollen unser Land in einem guten, einem lebenswerten, einem unserer Kultur gerecht werdenden Zustand an die kommenden Generationen, das sind die unserer Kinder und Enkel, übergeben. Eine Angela Merkel braucht das nicht, eine Claudia Roth ebenfalls nicht. Und das merkt man.

Anders gewendet: Man kann Leuten wie Merkel oder Schulz vieles vorwerfen, aber ganz sicher nicht, dass sie keine nachhaltige Politik betreiben. Doch, das tun sie, liebe Freunde, das tun sie seit vielen Jahren. Sie betreiben seit vielen Jahren, Merkel von Berlin aus, Schulz bis vor kurzem aus Brüssel, eine Politik zum sogar sehr nachhaltigen Schaden des deutschen Volkes. In Form einer absurden Migrationspolitik, die letztlich gar keine aktive und gestaltende Politik ist, wie es ihre Aufgabe wäre, sondern sogar das Gegenteil dessen. In Gestalt einer kopf- und hirnlosen Umwelt- und Energiepolitik. In Form einer vermeintlichen Euro-Rettungspolitik, die de facto eine gigantische und völlig ungerechtfertigte, erzwungene Umverteilungspolitik von verantwortungsbewusst wirtschaftenden Menschen zu verantwortungslos agierenden Menschen ist. In Gestalt multipler Rechtsbrüche, die sie nicht weiter bekümmern. Ich brauche das unter uns nicht weiter auszuführen. Sie alle kennen das zur Genüge. So also sieht Nachhaltigkeit Marke Merkel und Schulz aus.

Liebe Freunde, da sind unsere Gegner, deren Agieren wir so entschlossen bekämpfen müssen, wie mir mancher Kampf in den eigenen Reihen zuweilen geführt zu werden scheint. Wissen Sie, ich sage es einmal ganz ehrlich: Ich habe es selbst erst lernen und verstehen müssen, in welcher ungeheuren Gefahr diese komplett verantwortungslosen Deutschland-Abschaffer unser Land bringen bzw. bereits gebracht haben. Ich habe das, ich gebe es zu, lange Zeit gar nicht gesehen. Gerade in jüngster Zeit aber gehe ich aber sehr bewusst durch die Strassen meines Landes, meiner Stadt. Und wenn ich an einem Samstagmittag im Zentrum meiner Stadt unterwegs bin, mit offenen Augen, wissen Sie, was ich dann sehe? Ich sage das wirklich ohne jede Übertreibung: Ich sehe noch vereinzelt Deutsche. Und wenn ich darüber erschrecke, nicht aus irgendeiner Ausländerfeindlichkeit, die mir völlig fremd ist, sondern weil dieses ungeheure Mass an wie auch immer in unser Land gekommenen Migranten, offensichtlich mehrheitlich aus anderen Kulturkreisen stammend, mein Land zwangsläufig und unwiderruflich in ein ganz anderes verwandelt, das kaum mehr etwas mit dem Land zu tun hat, in dem ich gross geworden bin, und wenn einer meiner Söhne inzwischen fest in Melbourne lebend mir sagt, dass und warum er trotz seines ausgeprägten Familiensinns ganz sicher nie mehr nach Deutschland zurückkommt, weil er dieses Land aus Gründen, denen ich nichts mehr entgegenzusetzen habe, am Abgrund sieht, dann bin ich für die Leute da draussen, und für unsere ganzen politischen Gegner, die die Augen vor alledem entweder verschliessen oder wie Linke,

Grüne und weite Teile der SPD das sogar gezielt und aktiv betreiben, dann bin ich für diese Leute also ein Ausländerfeind, ein Rassist gar? Nein, meine Freunde, das bin ich ganz sicher nicht, nicht einmal ansatzweise, das bin ich nie gewesen und werde es aufgrund all meiner Überzeugungen niemals sein, ebenso wenig wie irgendjemand in diesem Saal. Ich bin nur elementar vernünftig, und ich sehe, was hier geschieht. Und weiss meine tiefe Sorge, nicht etwa plumpe Angst, sehr präzise zu begründen.

Wir wollen nicht zur Minderheit im eigenen Land werden und sind es doch zu Teilen bereits. Und dass die eindeutige Mehrheit etwa der hier lebenden Türken (nicht etwa alle, nein keineswegs) keine Freunde der freiheitlichen Gesellschaft sind, deren Privilegien sie gleichwohl nur zu gerne für sich in Anspruch nehmen, das haben wir spätestens seit dem vergangenen Sonntag sogar schriftlich: Zwei Drittel der hier lebenden Türken mit Wahlberechtigung haben bei dem türkischen Verfassungsreferendum mit Ja gestimmt. Gehen wir davon aus, dass wohl alle Alewiten und Kurden unter ihnen ganz sicher mit Nein gestimmt haben dürften, sind es sogar deutlich über 80%.

Es steht nicht weniger auf dem Spiel als unsere freiheitliche Gesellschaft. Wenn wir den Hebel nicht jetzt und sehr entschlossen umlegen, dann ist die unwiderrufliche Veränderung unserer Heimat in ein in gar nicht vielen Jahren muslimisch geprägtes Land eine mathematische Gewissheit. Manchmal drängt sich mir der Vergleich zum Untergang der Titanic auf: Alle sind noch froh gelaunt, es ist eine entspannte Partystimmung auf wie unter Deck, aber die zwingend notwendige Kurskorrektur auf dem riesigen Schiff ist schon kaum mehr machbar, die Kollision mit einem Eisberg ist nichts, was man sich vorstellen kann oder will, dabei ist sie bereits unvermeidbar.

Wem das zu düster ist: Ich weiss nicht sicher, ob die Entwicklung bereits unumkehrbar ist. Wir wissen alle nicht exakt, wo der *point of no return* exakt liegt. Gerade deshalb aber sage ich, ach was, rufe ich es so laut ich kann: Dieses Land Deutschland ist unser Land. Es ist das Land unserer Grosseltern und Eltern, und es ist unsere Bürgerpflicht, es auch noch das Land unserer Kinder und Enkel sein zu lassen. Dazu müssen wir es uns inzwischen schon zurückerobern. Wild entschlossen, aber friedlich. Kämpferisch, aber mit demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln. Mit ganzem Herzen, aber auch mit Klugheit und klarem Verstand

Die Menschen sollen es spüren und wissen: Wir sind die, die Deutschland nicht abschaffen wollen. Und unsere politischen Konkurrenten sollen das bitter zu spüren bekommen. Wir sind die, die Deutschland nicht preisgeben werden! Liebe Freunde: Wir können und werden nicht sehenden Auges akzeptieren, wie wir mit jedem Monat mehr zur Minderheit im eigenen Land werden. Es reicht. Das Mass ist voll!

Zu diesen Überzeugungen müssen wir gemeinsam stehen, egal wie stark der Widerstand ist. Wir dürfen da nicht weichen. Und diese kleine, ganz gewiss nicht spalterisch gemeinte Nebenbemerkung gestatten Sie mir bitte auch: Wir müssen da restlos geschlossen stehen. Debatten über einen vermeintlichen realpolitischen und einen vermeintlichen fundamentaloppositionellen Flügel, aus meiner Sicht sowieso eine komplett trügerische Wahrnehmung, helfen uns da keinen Jota weiter, ganz im Gegenteil. Lassen wir das, ich bitte Sie alle! Unsere Gegner stehen draussen, und sie richten unser geliebtes Vaterland (jajawohl, denn wir sind Patrioten) Schritt für Schritt auf eine perfide Weise zugrunde. Sie heissen Merkel, Schulz, Maas, Stegner, Roth, Göring-Eckardt usw. Sie öffnen die Grenzen widerrechtlich für jedermann – wie Frau Merkel –, oder sie reden uns ein, die vermeintlichen Flüchtlinge seien für unser Land *wertvoller als Gold* – so Herr Schulz, der zugleich unser Gold auf europäischem Altar verschleudert –, oder wir bräuchten auch Zuwanderer, die sich in unseren Sozialsystemen wohl und zuhause fühlen – so Frau Göring-Eckardt –, oder sie laufen wie die amtierende Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Claudia Roth, man stelle sich diese Schande für unser Land einmal vor, in einem Demonstrationzug mit, der *Deutschland verrecke* skandiert.

Es wird wirklich allerhöchste Zeit, dass die *schon länger hier Lebenden* die schon länger hier Regierenden aus ihren Ämtern im Dienste des deutschen Volkes verabschieden, und das nachhaltig, liebe Freunde!

Ja, wir können diese Gestalten nicht mehr ertragen.

Und nein, das ist keineswegs Fundamentalopposition.

Sondern ja, das ist die Liebe zu unsrer Heimat und zu unserem Vaterland.

Und nein, um daran keinen Zweifel zu lassen, mit diesen Figuren werden wir keine Koalitionen eingehen. Nicht heute, nicht morgen, NIEMALS!

Und ja, wir werden auf diese Weise der Verantwortung für unser Land sehr wohl gerecht werden. Und zwar als BÄRENSTARKE OPPOSITIONSPartei, im Bund wie bereits in den Ländern.

Und schliesslich nein, das ist keineswegs mangelnde Realpolitik. Sondern es ist das kluge und notwendige Zuwarten, bis unsere Positionen endgültig mehrheitsfähig sein werden.

Ja, liebe Freunde, SO machen wir das. SO und nicht anders!

Und auf diesem Parteitag hier in Köln fällt der Startschuss dazu.  
Glückauf Deutschland, Glückauf AfD!

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/klartext-rede-von-afd-parteisprecher-joerg-meuthen-in-schriftlicher-form-video-a2101830.html>

## Es ist offiziell: FBI und Polizei spielten Rolle bei Martin Luther Kings Ermordung

Veröffentlicht am April 21, 2017 in *Kriminalität/Welt von cosmicus*



Die Ermordung von Dr. Martin Luther King geschah vor 49 Jahren. Während die Frage nach dem Täter allgemein weitgehend geheimnisumgeben ist, wissen nur wenige von dem Urteil, das im Jahre 1999 erging und James Earl entlastet. Die Medien taten nur sehr wenig, um über die Zivilgerichtsverhandlung King gegen Jowers zu berichten, die sich über 30 Tage erstreckte. Nach nur 59 Minuten Verhandlung befand die Jury die ursprüngliche Anhörung des Falles für inkorrekt. Ihre Schlussfolgerung: Ein Memphis-Polizei-Offizier namens Lloyd Jowers war Komplize bei der Verschwörung, Dr. King zu ermorden, und dass es eine «Verschwörung gab, Martin King unter Beteiligung von (FBI-)Agenten der Regierung der Vereinigten Staaten, Bundesstaat Tennessee, Stadt Memphis, zu töten.»

Die endgültige Schlussfolgerung des Verfahrens King gegen Jowers Studie legt nahe, dass die Regierung gemeinsam mit der lokalen Memphis Polizeibehörde sich verschworen hatten, Dr. Martin Luther King zu ermorden.

Im Jahre 1993, im Vorfeld des Prozesses, war Jowers in der Sendung Prime Time Live im Sender ABC erschienen. Jowers gestand dabei öffentlich die Rolle, welche er bei der Ermordung gespielt hatte. Jowers nannte Leutnant Earl Clark von der Memphis Polizeibehörde als denjenigen, der den tödlichen Schuss auf Dr. King abgegeben habe, nicht James Earl Ray. Der Anspruch in der Zivilklage stellte fest, dass der Bürgerrechtsführer einer Verschwörung zum Opfer gefallen war, an der das FBI und die Memphis Polizeibehörde beteiligt waren.

Vor der Ermordung und auch am Vortag war der Sicherheitsdienst für Martin Luther King abgezogen worden. Ebenfalls entfernt hatte man den schwarzen Memphis Polizeidetektiv Ed Redditt, der in der Nähe des Lorraine Motels postiert war, und zwei schwarze Feuerwehrleute von einer nahe gelegenen Station – die Dr. King kannte – wurden verlegt. Inspektor Don H. Smith war verantwortlich für den Antrag, den Sicherheitsdienst zu entfernen. Undercover Memphis Polizeioffizier Marrell McCollough bezeugte 1978 gegenüber dem Sonderausschuss für Mordtaten, dass er nach Dr. Kings Tod der CIA beigetreten ist. McColloughs Bericht über diese Nacht sagte, er sei Zeuge der Ermordung Martin Luther Kings vom Parkplatz des Lorraine Motels aus gewesen und dann die Treppe hinaufgelaufen, wo er den Körper fand. Er blieb auf dem Gelände bis zu Dr. Kings Tod, obwohl andere im Vorfeld des Ereignisses entfernt worden waren.

Die US-Regierung bleibt dabei, dass Jowers seine Vorwürfe während des Zivilverfahrens konstruiert habe, räumt jedoch Versuche ein, Dr. King zum Selbstmord zu überreden, sowie frühere Versuche, seine Ehe zu ruinieren. In einer gezielten FBI-Kampagne hatte sich J Edgar Hoover darangemacht, den Bürgerrechtsführer bei jeder möglichen Gelegenheit zu sabotieren.

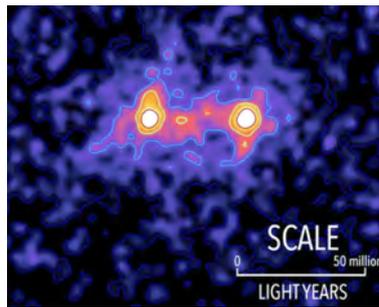
Verweise:

- <https://www.justice.gov/crt/iv-jowers-allegations>
- <https://kennedysandking.com/martin-luther-king-articles/the-martin-luther-king-conspiracy-exposed-in-memphis>
- [https://www.democracynow.org/2007/1/15/retired\\_memphis\\_policeman\\_no\\_black\\_officers](https://www.democracynow.org/2007/1/15/retired_memphis_policeman_no_black_officers)
- <https://vault.fbi.gov/Martin%20Luther%20King,%20Jr./Martin%20Luther%20King,%20Jr.%20Part%201%20of%202/view>
- <https://www.archives.gov/research/jfk/select-committee-report/references-mlk.html#introduction>
- [https://www.nytimes.com/2014/11/16/magazine/what-an-uncensored-letter-to-mlk-reveals.html?\\_r=1](https://www.nytimes.com/2014/11/16/magazine/what-an-uncensored-letter-to-mlk-reveals.html?_r=1)

Übersetzt aus dem Englischen von AnonHQ.com <http://anonhq.com/fbi-police-role-martin-luther-kings-assassination/>  
Quelle: <http://derwaechter.net/es-ist-offiziell-fbi-und-polizei-spielten-rolle-bei-martin-luther-kings-ermordung>

## Forscher bilden erstmals Brücke aus Dunkler Materie zwischen zwei Galaxien ab

Andreas Müller; Grenzwissenschaft aktuell; Do, 20 Apr 2017 17:20 UTC



© S. Epps & M. Hudson / University of Waterloo

Falschfarbenabbildung zweier, durch eine Brücke aus Dunkler Materie (rot) verbundener Galaxien (weiss).

Waterloo (Kanada) – Kanadische Astronomen ist erstmals die Abbildung einer Struktur gelungen, die sie für eine Verbindungsbrücke aus Dunkler Materie halten, die zwei Galaxien miteinander verbindet.

Wie das Team um den Astronomieprofessor Mike Hudson und Seth Epps von der University of Waterloo aktuell im Fachjournal *Monthly Notices of the Royal Astronomical Society* (DOI: 10.1093/mnras/stx517) berichtet, handelt es sich bei der darin veröffentlichten Aufnahme um ein Komposit verschiedener Aufnahmen, das erstmals die Verbindung von Galaxien durch ein «kosmisches Netzwerk aus Dunkler Materie» zeigt, wie es bislang «unbeobachtbar» war.

Dunkle Materie selbst ist eine immer noch ebenso rätselhafte wie umstrittene Substanz, die rund 25 Prozent unseres Universums ausmachen soll, jedoch mit gewöhnlicher Materie lediglich durch ihre Schwerkraft interagiert und selbst Licht weder abgibt, absorbiert noch reflektiert.

«Seit Jahrzehnten haben Wissenschaftler die Existenz dieser netzartigen Filamente aus Dunkle Materie zwischen den Galaxien vorhergesagt», kommentiert Hudson und führt weiter aus: «Dieses Bild stellt nun einen nächsten Schritt dar, weg von den reinen Vorhersagen hin zu etwas, das wir sehen und vermessen können.»

Die Aufnahme gelang den Wissenschaftlern durch die Nutzung des Gravitationslinseneffekts von Planeten, Schwarzen Löchern oder – wie in diesem Fall von Dunkler Materie – auf die Abbildung ferner Galaxien, der diese gekrümmt erscheinen lässt. Dieser Effekt wiederum wurde anhand von Aufnahmen einer mehrjährigen Beobachtungskampagne mit dem Canada-France-Hawaii Telescope genutzt.

Auf diese Weise kombinierten die Forscher entsprechende Aufnahmen von mehr als 23 000 Galaxienpaaren in rund 4.5 Milliarden Lichtjahren Distanz, um so die Kompositaufnahme bzw. eine Karte zu erstellen, die die Anwesenheit von Dunkler Materie zwischen den beiden Galaxien zeigt. Das Ergebnis sind Filamente einer Brücke aus Dunkler Materie, die die beiden Systeme (Galaxien) über eine Distanz von weniger als 40 Millionen Lichtjahren miteinander verbinden.

«Mit dieser Methode sind wir nun nicht nur in der Lage zu sehen, dass diese Dunkle-Materie-Filamente tatsächlich existieren. Wir können auch sehen, in welchem Umfang sie Galaxien miteinander verbinden.»

Quelle: <https://de.sott.net/article/29193-Forscher-bilden-erstmal-Bruecke-aus-Dunkler-Materie-zwischen-zwei-Galaxien-ab>

## USA – Stromausfall wegen Weltraumwetter?

Sonntag, 23. April 2017, von Freeman um 11:00

Der vergangene Freitag hat für viele Arbeitnehmer in den USA mit einem frühen arbeitsfreien Wochenende begonnen, weil sie nicht zur Arbeit gelangen konnten, oder weil sie auf dem Weg zur Arbeit in der U-Bahn oder im Aufzug stecken blieben und deshalb nicht am Arbeitsplatz erschienen sind. Der Grund: In New York an der Ostküste und in San Francisco und Los Angeles an der Westküste, sowie an einigen Orten dazwischen, fiel der Strom grossflächig aus.

Es passierte etwas, das in einer hochtechnisierten Gesellschaft nicht passieren darf: Die Energie in Form von Elektrizität fehlte, ohne die nichts funktioniert. Geschäfte blieben geschlossen, Tankstellen konnten kein Benzin verkaufen, Geldautomaten kein Geld ausspucken, die Ampeln an den Kreuzungen blinkten nur, der öffentliche Verkehr brach zusammen, die Rolltreppen und Lifte bewegten sich keinen Zentimeter, ausserdem war es in den Gebäuden stockdunkel.

Viele, die sich im Untergrund in der finsternen U-Bahn befanden, in einem Lift ohne Beleuchtung standen oder vor ihren schwarzen Bildschirmen sassen und durch die Fenster auf die ebenfalls dunklen Nachbargebäude schauten, dachten, dass der Weltuntergang begonnen habe. Kein Summen der Klimaanlage und überhaupt kein Geräusch waren zu hören. Totenstille!

Was mich wundert ist, dass die Fake-News-Medien nicht sofort «die Russen» als Schuldige für den teilweise landesweiten, über ganz Amerika stattgefundenen Stromausfall verantwortlich gemacht haben. Sind doch die Russen, sprich Präsident Putin persönlich, sonst an allem schuld, was in Amerika schief läuft. Siehe als Beispiel die Niederlage von Hillary Clinton. Interessanterweise haben die Medien fast gar nicht darüber berichtet, was dann die Verschwörungstheorie hat aufkommen lassen, dass die Regierung selbst dahinter stecke, um die Reaktion der Bevölkerung bei einer Apokalypse zu testen.

Tatsächlich waren es aber reihenweise technische Defekte, wie explodierende Transformatoren und Brände in den Umspannwerken, welche den Stromausfall verursachten.

Ja, wir wissen, dass die Infrastruktur der USA derjenigen eines Drittweltlandes gleicht und völlig verlottert ist, weil das ganze Geld nur für die Rüstung und für Kriege ausgegeben wird. Aber wenn viele Stromversorgungsstellen gleichzeitig versagen, dann muss wohl generell eine äussere Wirkung vorliegen. Das legt die Vermutung nahe, dass es sich um ein Ereignis aus dem Weltraum handelte. Das Weltraumwetter hat in Form eines Sonnensturmes zugeschlagen.

Physiker warnen schon lange vor Super-Sonnenstürmen, die auf der Erde katastrophale Stromausfälle verursachen können.

So sind die meisten Stromnetze nicht gegen die Folgen heftiger Ausbrüche auf der Sonne gefeit. Da grosse Transformatoren geerdet sind, können starke geomagnetische Stürme Ströme hervorbringen, durch die sich die Apparate überhitzen, in Brand geraten oder explodieren. Das scheint in den USA jetzt passiert zu sein.

In der Vergangenheit haben bereits grosse Sonnenstürme stattgefunden, nur waren die Technisierung und die Abhängigkeit vom immerwährenden Strom nicht so gross wie heute. Im Mai 1921 zum Beispiel ereignete sich der grösste Sonnensturm des 20. Jahrhunderts. Heute würde er die Lichter in halb Nordamerika und Europa ausgehen lassen.

Ein noch grösseres Ereignis fand 1859 statt, als es noch gar keine Elektrizität gab. Ein solcher Orkan an ionisierten Partikeln von der Sonne könnte das gesamte Netz lahmlegen und viele hundert Millionen Menschen auf Wochen oder gar Monate zurück in eine vorindustrielle Lebensweise katapultieren.

Deshalb ist es schon allein wegen solcher Naturereignisse, die niemand vorhersagen kann, ratsam, einen Notfallplan zu haben und vorzusorgen. Man muss sich nur die Frage stellen, was wäre wenn? Was gäbe es für negative persönliche Konsequenzen, wenn der Strom für mehrere Tage ausfällt?

Wie abhängig ist man vom Strom, und hat man Alternativen? Es ist nämlich ein grosser Irrtum zu glauben, Elektrizität sei selbstverständlich und immer vorhanden. Ohne Strom kein Fernsehen, kein Radio und auch kein Internet. Dann könnt ihr diese Zeilen nicht lesen und wisst nicht, was draussen los ist.

Ich habe mir deshalb eine kleine Solaranlage mit Batteriespeicher gebaut, die auch auf einem Balkon Platz hat. Die Teile dazu kosten nicht viel (ca. 250 Euro) und bestehen aus einem Solarmodul, Steuergerät, einer Autobatterie und einem Wechselrichter. Damit habe ich genug Strom für Licht, Handy, Router und Laptop. Mit 500 Watt Leistung kann ich sogar Wasser für einen Tee oder Kaffee kochen.

Auch wenn das Netz tagelang ausfällt, liefert mir die Sonne genug Energie, die meine Batterie speichert und dann bei Bedarf abgibt.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2017/04/usa-grossflachiger-stromausfall-wegen.html#ixzz4f9BnSFrz>

## **Im Gesetz zum elektronischen Personalausweis versteckt sich ein automatisierter Abruf für Geheimdienste**

25. April 2017 aikos2309

Innenminister Thomas de Maizière will Ausweise nur noch mit aktivierter Funktion zur elektronischen Identifizierung ausgeben. Ausserdem möchte er die biometrischen Merkmale von Ausweis und Pass in einem automatisierten Verfahren den Geheimdiensten freigeben. Das Gesetz soll noch diese Woche beschlossen werden, im Bundestag findet heute eine Anhörung dazu statt.

Die Bundesregierung plant die zwangsweise Ausweitung der Nutzung des elektronischen Identitätsnachweises, der mit dem Chip im deutschen Personalausweis und im elektronischen Aufenthaltstitel eingeführt wurde.

Ausserdem soll laut dem Gesetzentwurf durch Änderungen des Passgesetzes und des Ausweisgesetzes künftig die automatisierte elektronische Übermittlung der digitalisierten Passbilder an sämtliche Geheimdienste erlaubt werden. Am Montag wird der Entwurf des «Gesetzes zur Förderung des elektronischen Identitätsnachweises» in einer Anhörung im Innenausschuss des Bundestages diskutiert.

**Zwangsförderung für den Ladenhüter eID**

Der elektronische Identitätsnachweis (eID) des Personalausweises geniesst auch nach langjährigen Werbemassnahmen kein grosses Vertrauen bei den Ausweisbesitzern, das Interesse ist gering. Von den mehr als fünfzig Millionen Menschen, die seit 2010 einen neuen Ausweis oder Aufenthaltstitel beantragt haben, entschieden sich mehr als zwei Drittel gegen die Aktivierung der eID.

Es kommen aktuell überhaupt nur 220 Inhaber von Berechtigungszertifikaten zusammen, kommerzielle Unternehmen und staatliche Stellen schon zusammengerechnet. Nicht mal alle davon haben tatsächlich auch eine Anwendung für einen eID-Dienst gebaut.

Die wenigen aktuell vorhandenen Anwendungsmöglichkeiten für die Online-Ausweisfunktion sind im Personalausweisportal des Innenministeriums zusammengetragen. Nach Anwendungen für die mobile Welt lohnt es sich allerdings gar nicht erst zu suchen.

In der Begründung des Gesetzentwurfes heisst es dazu lapidar: *Die Nutzung der eID-Funktion ist jedoch bislang nicht der Normalfall.* (S. 16)

Die Antwort auf die Frage aber, warum die Menschen kein Interesse und kein Vertrauen entwickelt haben, liefert die Begründung nicht. Die Reaktion des Gesetzgebers ist daher denkbar simpel: Wenn sie nicht von selbst wollen, drücken wir den Bürgerinnen und Bürgern die eID eben zwangsweise aufs Auge.

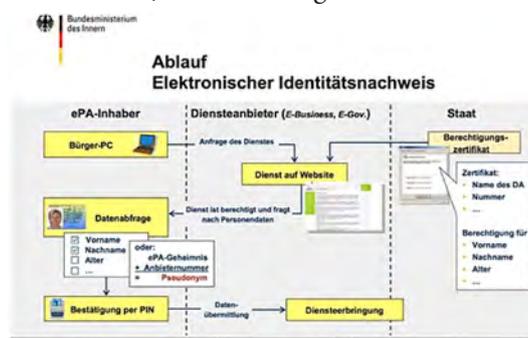
**Im schlimmsten Fall ein Sicherheitsrisiko**

Der «Chaos Computer Club» hatte schon bei der Einführung des elektronischen Personalausweises auf Sicherheitsprobleme aufmerksam gemacht. Denn Sicherheitslücken bei der Benutzung des elektronischen Identitätsnachweises können entstehen, wenn die Besitzer keine der teureren Lesegeräte für die Kommunikation über das Internet kaufen, sondern auf die Billigvariante setzen. Denn dann können Relay-Angriffe nicht ausgeschlossen werden, mit denen beispielsweise die PIN-Nummer auszuspähen ist.

Der eID-Zwang ist im schlimmsten Fall also ein echtes Sicherheitsrisiko. Im besten ist er «lediglich» ein unnötiger Eingriff in die Selbstbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern.

Das System zur Nutzung der eID ist technisch komplex und ohne Vorwissen nur schwer bis in alle Details zu verstehen. Bundesinnenminister und Christdemokrat Thomas de Maizière will dennoch mit dem Gesetzentwurf den Ausweisbeantragenden und potentiellen Nutzern der eID nun die Entscheidung entziehen, über die Aktivierung der Funktion der elektronischen Identifizierung selbst zu bestimmen. Sie soll künftig dauerhaft aktiviert und auch nicht mehr ausschaltbar sein. Einzige Möglichkeit des Abschaltens ist dann die eigenhändige Deaktivierung des Chips.

Warum überhaupt per Gesetz eine Zwangsbeglückung aller Ausweisbesitzer mit der eID eingeführt wird, wo doch diverse Alternativen zur Online-Identifikation aus dem privatwirtschaftlichen Sektor bei Bedarf genutzt werden können und auch gängig sind, erklärt sich wohl nur so, dass nach all den Analysen und den Werbemassnahmen niemand das teure System aus dem Jahr 2010 für gescheitert erklären wollte.



(Bundesministerium des Innern: Ablauf Elektronischer Identitätsnachweis)

**Geheimdienst-Zugriff auf Biometrie und Meldedaten: Baustein für die vernetzte Videoüberwachung**

In dem Gesetzentwurf verstecken sich darüber hinaus noch einige nicht unmittelbar mit der eID in Zusammenhang stehende Änderungen: So sollen sämtliche Geheimdienste ab dem Jahr 2021 im automatisierten Verfahren auf die Daten in den Meldeämtern zugreifen können. Dazu gehören auch die biometrischen Passbilder.

Auch heute kann die Polizei und andere Behörden Informationen aus den Melderegistern abrufen. Neu ist jedoch die Möglichkeit, dass die Geheimdienste das nach eigenem Gutdünken automatisiert dürfen sollen. Denn der jetzt geplante automatisierte Abruf wird ohne eine Protokollierung bei den Meldeämtern erfolgen. Die Kontrolle darüber, welche Geheimdienste in welcher Anzahl davon Gebrauch machen, wird dadurch erschwert.

Da die Nutzung der Biometrie von de Maizière ohnehin forciert wird, besteht die Gefahr, dass durch den vermehrten Abruf und die Auswertung der Lichtbilder und den Abgleich mit Gesichtserkennungssystemen künftig das eigene Gesicht zum digitalen Identifizierungsmerkmal im normalen öffentlichen Raum wird.

Der automatisierte Abgleich von Gesichtsbildern, wie er aktuell im Berliner Bahnhof Südkreuz erprobt wird, ist keine technische Spielerei mehr, sondern wird zu einer praktisch nutzbaren Option. Das Gesetz ist damit ein wichtiger Baustein beim Aufbau eines Systems vernetzter Verhaltensscanner, mit denen Menschen im öffentlichen Raum automatisiert erkannt und identifiziert werden sollen.

Hinzu tritt die Änderung des EU-Grenzkodexes und damit die kürzlich eingeführte Erfassung aller Pässe, inklusive der biometrischen Merkmale, bei jeder Ein- und Ausreise aus dem Schengenraum (Überwachung: Passagierdaten in Kürze auch für Bus, Bahn und Schiff?). Auch ein Abgleich mit zentralen Datenbanken ist dabei vorgesehen (Der Staat will wissen, wo die Deutschen sind – Zugriff auf Passbilder aller Bürger).

In Deutschland ist zwar eine zentrale biometrische Datenbank nach dem alten und auch nach dem geplanten neuen Personalausweisgesetz explizit ausgeschlossen (in Paragraph 26, Satz 4): *Eine bundesweite Datenbank der biometrischen Merkmale wird nicht errichtet.*

Was die Geheimdienste mit ihren neuen automatisierten Möglichkeiten vorhaben, weiss man nicht. Das könnte in ein paar Jahren aber dann wieder ein Untersuchungsausschuss klären.

*Literatur:*

*Big Data: «Büchse der Pandora» von Martin Malirsch*

*«Sie wissen alles: Wie Big Data in unser Leben eindringt und warum wir um unsere Freiheit kämpfen müssen» von Yvonne Hofstetter*

*«Angriff auf die Freiheit. Sicherheitswahn, Überwachungsstaat und der Abbau bürgerlicher Rechte» von Juli Zeh*

*«Das Ende der Demokratie: Wie die künstliche Intelligenz die Politik übernimmt und uns entmündigt» von Yvonne Hofstetter*

Quelle: <https://www.pravda-tv.com/2017/04/im-gesetz-zum-elektronischen-personalausweis-versteckt-sich-ein-automatisierter-abruf-fuer-geheimdienste/>

## **Axel Retz: «Wieso gilt die AfD eigentlich als rassistisch?»**

### **Ein Blick ins Wahlprogramm der CDU von 2002**

*Von Kathrin Sumpf; Aktualisiert: 30. April 2017 12:59*

«Wenn die CDU 2002 nicht rassistisch, rechtspopulistisch, fremdenfeindlich etc. galt und ihre Wähler auch nicht, wieso sind es dann heute die AfD und ihre Anhänger?» fragt Axel Retz. Ein Blick ins Wahlprogramm der CDU von 2002 zeigt, dass die AfD heute die konservativen Werte der CDU aufgreift: «Deutschland soll seine Identität bewahren. Die von Rot-Grün betriebene Umgestaltung in eine multikulturelle Einwanderergesellschaft lehnen wir ab.»

Im Oktober 2015 begleitete die Polizei an der österreichischen Grenze tausende Migranten nach Bayern, 800 000 Zuwanderer wurden 2015 registriert.

Ein Blick ins Wahlprogramm der CDU von 2002 bringt eine Überraschung: Denn für die gleichen Sätze wird heute die AfD als rechtspopulistisch und fremdenfeindlich, als Nazis und Rassisten betitelt. Axel Retz schaute am 22. April in seinem Newsletter von private-profits.de etwas genauer hin und erinnert darin an die damaligen Ziele der CDU. **Alle folgenden Textpassagen stammen aus dem Wahlprogramm der CDU von 2002 (Quelle: Wahlprogramm CDU):**

#### **Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme**

«Deutschland ist ein weltoffenes und gastfreundliches Land. Mit einem Anteil der Ausländer an der Bevölkerung von 9% nimmt Deutschland unter den grossen westlichen Industrienationen den Spitzenplatz ein. Die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer hat seit 1972 von 3,5 Millionen auf 7,3 Millionen zugenommen, die der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer ist dagegen von 2,3 Millionen auf 2,0 Millionen zurückgegangen. Die Ausländerarbeitslosigkeit hat sich in dieser Zeit massiv erhöht und liegt heute mit rund 20% doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

Die Zuwanderung erfolgte also überwiegend nicht in Arbeitsplätze, sondern in die sozialen Sicherungssysteme.

Drei Viertel der Menschen aus anderen Ländern, die in Deutschland leben, kommen aus Staaten ausserhalb der Europäischen Union. Deutschland kann aufgrund seiner historischen, geographischen und gesellschaftlichen Situation aber kein klassisches Einwanderungsland wie etwa Australien oder Kanada werden. Deutschland muss Zuwanderung stärker steuern und begrenzen als bisher. Zuwanderung kann kein Ausweg aus den demografischen Veränderungen in Deutschland sein. Wir erteilen einer Ausweitung der Zuwanderung aus Drittstaaten eine klare Absage, denn sie würde die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft überfordern. Verstärkte Zuwanderung würde den inneren Frieden gefährden und radikalen Kräften Vorschub leisten.»

### **Rot-Grün will keine wirksame Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung**

«Deutschland soll seine Identität bewahren. Die von Rot-Grün betriebene Umgestaltung in eine multikulturelle Einwanderergesellschaft lehnen wir ab.

Rot-Grün will keine wirksame Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung. Rot-Grün schafft mit der unregelmässigen Aufgabe des Anwerbestopps Einfallstore für erweiterte Zuwanderung und mit der angeblichen «Härtefallregelung» und der Ausweitung der Aufenthaltsrechte über die Genfer Flüchtlingskonvention hinaus massive Anreize für Armutsfüchtlinge aus aller Welt. Dies würde in kurzer Zeit zu einer erheblich höheren Zuwanderung nach Deutschland führen, die nicht im Interesse unseres Landes ist.

Wir werden unverzüglich nach der Wahl die falschen Weichenstellungen der rot-grünen Bundesregierung korrigieren.

Bei einer Arbeitslosigkeit von insgesamt fast 6 Millionen Menschen gibt es für Arbeitsmigration nach Deutschland nur in Ausnahmefällen eine Rechtfertigung. Angesichts staatlicher Programme zur Eingliederung Jugendlicher in den Arbeitsmarkt und einer wachsenden Arbeitslosigkeit bei Arbeitnehmern, die älter als 55 Jahre sind, ist mehr Zuwanderung nicht verantwortbar. Die Qualifizierung einheimischer Arbeitskräfte hat Vorrang vor Zuwanderung. Wir müssen in Zukunft nicht nur in Sport und Kultur, sondern auch zur Sicherung wissenschaftlicher Spitzenleistungen, hoher Innovationskraft und wirtschaftlicher Dynamik für ausländische Spitzenkräfte verstärkt offen sein.

Wir wollen Zuwanderungsanreize für nicht anererkennungsfähige Asylbewerber weiter einschränken. Nur staatliche Verfolgung darf einen Anspruch auf Asyl und Aufenthalt auslösen. Wir werden die verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen in Asylverfahren beschleunigen und dazu die gerichtlichen Zuständigkeiten zur Überprüfung von Asylentscheidungen konzentrieren, um den Missbrauch des Asylrechts zu bekämpfen.»

### **Aussengrenzen der EU müssen gesichert werden**

«Wir wollen Schleuserorganisationen das Handwerk legen. Dazu setzen wir auf eine europaweite Strategie.

Die Aussengrenzen der Europäischen Union müssen gegen illegale Zuwanderung und organisierte Einschleusung gesichert werden. Wir werden auf eine effizientere Zusammenarbeit von Grenzschutz, Polizei und Justiz der beteiligten Länder hinwirken.

Wir werden in das Asylbewerberleistungsgesetz mit den gegenüber der Sozialhilfe niedrigeren Leistungen alle ausländischen Flüchtlinge für die Dauer ihres nur vorübergehenden Aufenthalts einbeziehen. Die Leistungen sollen so ausgestaltet werden, dass von ihnen kein Anreiz ausgeht, nach Deutschland statt in ein anderes europäisches Land zu kommen.

Ohne Solidarität und das Gefühl der Zusammengehörigkeit kann auch ein moderner Staat nicht bestehen. Deutschland soll seine Identität bewahren. Die von Rot-Grün betriebene Umgestaltung in eine multikulturelle Einwanderergesellschaft lehnen wir ab.»

### **Die Wähler der CDU erhielten das genaue Gegenteil**

«Zusammengehörigkeitsgefühl und ein aufgeklärter Patriotismus, also ein positives Verhältnis zur Nation, sind eine Grundlage, auf die für die gemeinsame Gestaltung einer guten Zukunft nicht verzichtet werden kann.»

Dieser Satz «würde seinen Verfassern heute unweigerlich den Vorwurf des Rechtspopulismus, der Fremdenfeindlichkeit, der Nazi-Nähe und des Rassismus einbringen und evtl. die von Anetta Kahane geleitete, auf die Definition und Jagd von «Nazis» spezialisierte Amadeu-Antonio-Stiftung auf den Plan rufen», schreibt Axel Retz.

«Wenn die CDU 2002 nicht rassistisch, rechtspopulistisch, fremdenfeindlich etc. galt und ihre Wähler auch nicht, wieso sind es dann heute die AfD und ihre Anhänger?»

Nach heutigem Verständnis würden die Autoren des Wahlprogramms der CDU als Rechtspopulisten, Fremdenfeinde, Nazis und Rassisten gelten. Die CDU-Spitze agiert heute gegen die AfD, die ähnliche Thesen in ihrem Programm aufgreift.

Axel Retz: «Ein wahrhaft schizophren anmutendes Wendemanöver, das die meisten Wähler nicht einmal mitbekommen zu haben scheinen. Ganz im Gegenteil: Auch sie dreschen mehrheitlich auf diejenigen ein, die den konservativen (lat. conservare = bewahren, erhalten) Werten der CDU die Treue gehalten haben.» Die CDU hat ihre Wahlversprechen nicht erfüllt, die Wähler der CDU haben «stattdessen das genaue Gegenteil dessen erhalten».

Sein Fazit:

«Die damaligen programmatischen Aussagen der CDU standen voll und ganz auf dem Boden des Grundgesetzes. Und das tun sie auch heute noch, egal wer sie in den Mund nimmt oder zu Papier bringt.»

*Axel Retz in weiteren Artikeln:*

3. Juli 2016: *So zerstören wir uns selbst: Zwei rechts – zwei links – und die Mitte fallengelassen!*

7. Februar 2016: *Die Welt zu Gast bei Freunden – oder – Die Welt schüttelt den Kopf über Merkels Kurs*

19. September 2015: *Dringende Aufforderung zum eigenen Denken: Über den inneren und den äusseren Frieden*

*Axel Retz ist seit über 25 Jahren als Chefredakteur von Börsenmagazinen und Börsendiensten tätig und betreibt die Portale [www.private-profits.de](http://www.private-profits.de) und [www.moneyversum.de](http://www.moneyversum.de)*

*Die Meinungen unserer Gastautoren entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder der unserer anderen Gastautoren.*

*Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/axel-retz-wieso-gilt-die-afd-eigentlich-als-rassistisch-ein-blick-ins-wahlprogramm-der-cdu-von-2002-a2102032.html>*

## Korrumpierte Wissenschaft: So manipuliert die Industrie Glyphosat-Studien

*Infosperber; Mo, 24 Apr 2017 16:34 UTC*



*«Monsanto vergiftet euch»*

*Neue Untersuchungen zeigen, wie Monsanto hinter den Kulissen Einfluss nimmt auf Wissenschaftler und Zulassungsbehörden.*

In den nächsten Monaten müssen die EU-Länder entscheiden, ob der umstrittene Unkraut-Killer Glyphosat in Europa weiterhin eingesetzt werden darf. Die EU-Zulassung für Glyphosat läuft Ende 2017 aus, eine mögliche Verlängerung hängt von den Risikobewertungen der europäischen Behörden ab.

Während Forscher der Internationalen Krebsagentur (IARC) der Weltgesundheitsorganisation WHO das Herbizid als «wahrscheinlich krebserregend für Menschen» einstufen, sehen die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) keinen Grund zur Besorgnis. Es gebe keine Hinweise auf eine krebserzeugende oder erbgutschädigende Wirkung durch Glyphosat, so ihre Bewertung. Auch die Europäische Chemikalienagentur (Echa) gab Mitte März Entwarnung: Glyphosat sei nicht krebserregend, heisst es im Gutachten der Echa. Damit wird es wahrscheinlicher, dass Glyphosat in EU-Ländern weiterhin zugelassen bleibt.

### Industrielobby schaltet sich heimlich ein

Allerdings: Auf das Urteil der Echa hat die Pestizid-Industrie mehr Einfluss genommen, als bisher bekannt ist. Das ARD-Magazin «Fakt» und die «Süddeutsche Zeitung» deckten auf, dass eine Lobbyorganisation der Industrie die vorläufige Bewertung der Risikoprüfer einsehen und schriftlich kommentieren konnte, und zwar kurz bevor das Gremium sein abschliessendes Urteil formulierte. Laut «Fakt» stritt die Behörde in Helsinki diese einseitige Vernehmlassung zunächst ab. Man habe einen solchen Kommentar nicht angefordert und auch nicht erhalten. Zwei Tage später korrigierte sich die Behörde und teilte «Fakt» schriftlich mit: Ende Januar sei tatsächlich ein Kommentar der Glyphosat-Task-Force eingegangen und an den Ausschuss der Echa weitergeleitet worden. Hinter der Glyphosat-Task-Force steht vor allem der US-Agrarkonzern Monsanto, der Glyphosat auf den Markt gebracht hat und damit Milliarden-Umsätze macht.

Der Berliner Toxikologe Peter Clausing vom deutschen Pestizid Aktions-Netzwerk kritisiert im Interview mit

«Fakt» das Vorgehen der Echa-Behörde. Alle Interessengruppen hätten ihre Kommentare bis 18. Juli 2016 vorlegen müssen. Diese Unterlagen wurden auf der Website der Echa veröffentlicht – nicht aber die viel später eingegangene Stellungnahme der Industrie. Clausing, der als Beobachter an den Sitzungen der Echa zugelassen war, ist überzeugt: «Die Industrie hat versucht, auf die Bewertung der Behörde Einfluss zu nehmen.»

### Wissenschaftler im Dienst der Industrie

Monsanto setzt alles daran, um ein mögliches Glyphosat-Verbot in der EU zu verhindern. Das zeigt auch die aktuelle Untersuchung «Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft» der europäischen Bürgerinitiative «Stop Glyphosat». Studien des Herstellers sollen den Vorwurf der IARC entkräften, Glyphosat sei möglicherweise krebserregend. Doch viele der Wissenschaftler, die Studien im Auftrag von Monsanto anfertigen, stehen teilweise in enger Verbindung zum Konzern. Laut der Untersuchung erschienen in der Zeit zwischen 2012 und 2016 in Wissenschafts-Magazinen mehrere Artikel zu Glyphosat, deren Autoren grösstenteils zuvor als Berater für Monsanto tätig oder zeitweise beim Konzern beschäftigt waren. Sie alle kommen – wenig überraschend – zum Schluss, dass Glyphosat keine Gefahr für die Gesundheit darstelle.

Dass Hersteller Studien in Auftrag geben, um nachzuweisen, dass ihre Produkte sicher sind, verlangt das Gesetz. Auffällig bei Glyphosat sind aber die deutlich abweichenden Ergebnisse zwischen unabhängigen Studien und denen der Industrie. Während letztere das Pestizid als relativ unbedenklich einstufen, sehen mehr und mehr Forscher, die nicht von der Industrie bezahlt sind, in Glyphosat eine Gefahr für Menschen.



© ARD

*Toxikologe Peter Clausing: «Die Industrie hat versucht, auf die Bewertung der Behörde Einfluss zu nehmen. Würden die europäischen Behörden unabhängigen Studien mehr vertrauen als den Studien der Hersteller, dann wäre eine Verlängerung der europäischen Zulassung ernsthaft in Gefahr.»*

Problematisch ist vor allem, dass sich die Zulassungsbehörden bei der Bewertung der Risiken fast ausschliesslich auf Studien der Industrie verlassen. «Würden die europäischen Behörden unabhängigen Studien mehr vertrauen als den Studien der Hersteller, dann wäre eine Verlängerung der europäischen Zulassung ernsthaft in Gefahr», sagt der Toxikologe und Mitautor der Untersuchung, Peter Clausing, gegenüber der «Süddeutsche Zeitung». Clausing sieht schwere Mängel in den Veröffentlichungen der Industrie. Dazu gehöre etwa das gezielte Weglassen relevanter Daten bei gleichzeitiger Präsentation irrelevanter Daten. «So werden Sachverhalte verzerrt, Leser in die Irre geführt und wissenschaftliche Beweise verneint.»

### Krebsopfer klagen: «Monsanto hat Risiken vertuscht»

In den letzten Wochen geriet Monsanto auch in den USA zunehmend unter Druck. Ein Richter in Kalifornien ordnete die Veröffentlichung konzerninterner Dokumente und E-Mails an, die heikle Fragen zur Sicherheit von Glyphosat aufwerfen. Vor dem Gericht klagen 60 Krebsopfer gegen Monsanto, die am Non-Hodgkin-Lymphom – einer bösartigen Erkrankung des Lymphsystems – leiden oder dadurch Angehörige verloren haben. Die Betroffenen berufen sich auf die Risikobewertung der IARC, und werfen Monsanto vor, die Krebsgefahr von Glyphosat gegen besseres Wissen vertuscht zu haben.

Die internen Unterlagen enthalten unter anderem Hinweise darauf, dass Monsanto von der IARC-Einschätzung zu Glyphosat («wahrscheinlich krebserregend») wusste. Laut «New York Times» soll ein Mitarbeiter der US-Umweltschutzbehörde dem Konzern entsprechende Infos zugesteckt haben, noch bevor das Gutachten der Krebsforscher der IARC veröffentlicht wurde. So konnte Monsanto rechtzeitig eigene Studien mit anderen Rahmenbedingungen in Auftrag geben und bezahlen, um dieses Urteil zu «widerlegen». Derselbe Mitarbeiter habe auch verhindert, dass das US-Gesundheitsministerium Glyphosat eigenständig untersucht hat.

### Monsanto-Mitarbeiter als «Ghostwriter» von Studien?

Die Dokumente deuten zudem darauf hin, dass der Konzern heimlich an Studien mitgearbeitet hat, die später als Arbeiten «unabhängiger Wissenschaftler» präsentiert wurden. Demnach sollen renommierte Forscher ihren

Namen unter Schriften gesetzt haben, die ganz oder in Teilen von Monsanto-Mitarbeitern verfasst wurden. In einer internen E-Mail, die das ARD-Magazin *«Fakt»* veröffentlicht hat, schrieb ein Monsanto-Vorstandsmitglied einem Kollegen: «Wir würden die Kosten niedrig halten, wenn wir das Schreiben selbst übernehmen und sie (die Forscher, Anm.d.Red.) würden das lediglich bearbeiten und ihre Namen darunter setzen.»

Laut *«Fakt»* taucht in der E-Mail auch der Name eines deutschen Toxikologen auf, der an zwei Studien zu Glyphosat mitwirkte, die bezüglich Krebsrisiken Entwarnung geben. Sowohl Monsanto als auch der angeschuldigte Forscher bestritten gegenüber dem ARD-Magazin *«Fakt»*, dass bei Studien ein solches *«Ghostwriting»* stattgefunden habe.

DOSSIER: *«Der Unkraut-Killer Glyphosat»*

Themenbezogene Interessen (-bindung) der Autorin/des Autors: Keine.

Quelle: <https://de.sott.net/article/29269-Korrumpierte-Wissenschaft-So-manipuliert-die-Industrie-Glyphosat-Studien>

## Russland wieder Vorbild, schlägt UN Strategie zur Unterbindung von Desinformation vor

*Sputnik; Mi, 26 Apr 2017 16:26 UTC*



© Sputnik/ Vladimir Pesnya  
Maria Sacharowa

Russland hat den Vereinten Nationen vorgeschlagen, eine Strategie zur Unterbindung der Desinformation in Medien zu konzipieren und eine entsprechende Resolution der Vollversammlung zu verabschieden. Das teilte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Dienstag in der 39. Tagung des UN-Informationsausschusses mit.

Sie wies auf die *«Krise des Vertrauens der Kunden zu Medien»* hin, was eine *«massenhafte Produktion sogenannter Fake-News zur Folge hat»*. *«Ihrem Schaden nach sind derartige Informationsattacken mit einer Virus-Epidemie gleichzusetzen. Daher wäre eine Strategie zur Abwehr dieser Bedrohung auf einer übernationalen Ebene erforderlich, wie in einem Kampf gegen eine beliebige grenzüberschreitende Pandemie.»*

Die russische Seite erkläre sich bereit, zur Lösung dieser Aufgabe nach Kräften beizutragen, sagte Sacharowa.  
Quelle: <https://de.sott.net/article/29268-Russland-wieder-Vorbild-schlagt-UN-Strategie-zur-Unterbindung-von-Desinformation-vor>

## Smartphone-Generation: Das Digitale verdrängt das Soziale – und schwächt die Persönlichkeit der Jugendlichen

*Epoch Times, Aktualisiert: 16. April 2017 14:58*

Telefonieren ist out – Texten in, zumindest bei der Gruppe der unter 17-Jährigen. *«Über alle Altersgruppen hinweg wird im Schnitt gerade mal acht Minuten täglich telefoniert – bei der Gruppe der bis zu 17 Jahre alten Nutzer ist die Zeit aber kaum noch erfassbar.»* Viele von ihnen kommunizieren heute nur noch per Text- oder Sprachnachricht.

Unter Jugendlichen telefonieren immer weniger mit ihrem Smartphone – stattdessen schreiben sie Nachrichten oder versenden Sprachnachrichten.

Telefonieren ist out – Texten in. Zumindest bei der Gruppe der unter 17-Jährigen, weiss Digital-Experte Gerald Lembke. *«Alle Studien zeigen, dass das Telefon kaum noch genutzt wird»*, sagt der in Mannheim lehrende Professor für Digitale Medien.

*«Über alle Altersgruppen hinweg wird im Schnitt gerade mal acht Minuten täglich telefoniert – bei der Gruppe der bis zu 17 Jahre alten Nutzer ist die Zeit aber kaum noch erfassbar.»* Viele von ihnen kommunizieren heute nur noch per Text- oder Sprachnachricht.

Der 15-jährige Hamburger Autor Robert Campe sieht darin keinen Widerspruch. «Klar, das Telefonieren nimmt ab», sagt er. «Ich telefoniere auch nur noch, wenn ich mal sehr schnell Informationen brauche.» Doch das Versenden von Sprach- oder Textnachrichten sieht er als eine andere Form des traditionellen Telefonats. In seinem gerade erschienenen Buch «What's App, Mama?» beschreibt der Schüler das Lebensgefühl der Smartphone-Teenager. Gefühle werden kaum noch per Stimme, sondern non-verbal ausgedrückt. «Dafür gibt es ja Emojis», sagt er mit Hinweis auf die kleinen Symbolbilder, die Freude, Wut, Verärgerung oder Überraschung ausdrücken sollen. Und für die Mimik gibt es Selfie-Videos, die der Absender von sich macht.

### **Das Digitale verdrängt das Soziale – und schwächt die Persönlichkeit der Jugendlichen**

Aktuell nutzen laut Branchenverband Bitkom 54 Millionen Deutsche ab 14 Jahren ein internetfähiges Mobiltelefon. Damit hat sich der Nutzeranteil seit 2012 mehr als verdoppelt. Innerhalb eines Jahrzehnts sei das internetfähige Mobiltelefon vom Nischenprodukt zum unverzichtbaren Begleiter im Alltag fast aller Menschen geworden. Digital-Experte Lembke sieht die Entwicklung durchaus kritisch: «Das Digitale verdrängt das Soziale – und schwächt die Persönlichkeit der Jugendlichen», sagt Lembke. Auf der sozialen Ebene sieht er kaum noch Austausch, sondern eine Art Einbahnstrassen-Kommunikation. «Ich-Botschaften» stünden anstelle von Inhalt und Dialog im Vordergrund. «Es findet kein Austausch der Argumente mehr statt und öffnet zudem Tür und Tor für Missverständnisse und Missbrauch aller Art.»

### **Verschlüsselungs-Experte:**

#### **Diese Generation wird von der «Droge der permanenten Vernetzung» überrannt**

Christoph Erdmann sieht das ähnlich. Er ist der Mann, der das Kanzlerinnen-Handy abhörsicher macht. Der 43-Jährige ist Geschäftsführer einer Firma, die sich mit viel Aufwand auf verschlüsselte Telefonate spezialisiert hat. Doch ausgerechnet im eigenen familiären Umfeld hisst der Experte für Datensicherheit mitunter die weiße Flagge. Denn seine Tochter gibt wie viele andere ihrer Generation auch per Smartphone bereitwillig Teile des Privaten preis. «Diese Generation reflektiert die Schutzbedürftigkeit der Privatsphäre nicht mehr, weil sie mit der Droge der permanenten Vernetzung überrannt wird», sagt der Verschlüsselungs-Experte.

So wie er äusserten sich vergangenen Monat auch andere Fachleute auf der IT-Messe CeBIT skeptisch zur «Unbedarftheit» von Jugendlichen. Deren Kommunikationsgewohnheiten würden «Gucklöcher in ihre persönliche Welt reissen», sagt Erdmann. So machten sie sich angreifbar für alle Arten von Mobbing.

Selbst Jung-Autor Campe rät mit Blick auf allzu freizügige Preisgabe von Daten oder Bildern: «Man sollte sich grundsätzlich schon überlegen, ob man das in ein, zwei Jahren auch noch cool findet.»

#### **Tipp für Eltern: Mit dem Nachwuchs reden – ohne Smartphone**

Wie also sollten Eltern mit derlei Risiken umgehen? Experten wie Lembke empfehlen Kommunikation mit dem Nachwuchs, ganz ohne Smartphone. Denn der ist oft auf der Suche nach Aufmerksamkeit, die er in Chat-Gruppen kaum geboten bekommt – eine Chance für Eltern, das Bewusstsein der Jugendlichen für die Problematik zu schärfen.

Campe, dem die Idee zum Buch wegen der von ihm als irritierend-naiv empfundenen Erwachsenen-Fragen bei einem Medien-Praktikum kam, sieht es ähnlich. «Es wäre hilfreich, wenn die Eltern ungefähr wüssten, was ihre Kinder da machen, denn aus der Ungewissheit entsteht oft Angst bei den Eltern.» Er hält aber auch «ein ernstes Wörtchen» der Eltern zu den Risiken der schönen neuen Digitalwelt nicht für verkehrt.

Digital-Experte Lembke hat sogar schon Ansätze einer Gegenbewegung ausgemacht. «Die Jugendlichen fühlen sich spätestens nach der 3000. WhatsApp-Nachricht irgendwann auch mal gesättigt», meint er. «Viele schalten daher ganz bewusst auch einfach mal ihr Smartphone ab.» (dpa)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/wissen/gesellschaft/smartphone-generation-das-digitale-verdraengt-das-soziale-und-schwaecht-die-persoenlichkeit-der-jugendlichen-a2097065.html>

## **«Ökozid»: Informelles internationales Tribunal klagt Monsanto wegen Umweltzerstörung und Menschenrechtsverstößen an**

*Epoch Times; Aktualisiert: 19. April 2017 7:01*

Der umstrittene US-Konzern Monsanto wird von einem Bürgertribunal wegen Menschenrechtsverstößen, Verursachungen von Umweltschäden und möglichem «Ökozid» angeklagt.



*Protest gegen Monsanto  
Foto: PATRICK PLEUL/AFP/Getty Images*

Ein informelles Bürgertribunal unter Vorsitz von fünf internationalen Richtern hat den US-Konzern Monsanto am Dienstag wegen Menschenrechtsverstößen, Verursachung von Umweltschäden und möglichem ›Ökozid‹ angeklagt.

Der Konzern, der gentechnisch verändertes Saatgut und umstrittene Pestizide herstellt, hat die Schlussfolgerungen des Tribunals in Den Haag im Vorhinein abgelehnt, weil das Ergebnis von Anfang an festgestanden habe.

Mehrere hundert Gruppen hatten im vergangenen Oktober in Den Haag eine dreitägige Aktion veranstaltet, bei der fünf professionelle Richter rund 30 internationale Zeugen zu Monsanto befragten, darunter Wissenschaftler, Landwirte und Imker. Das von den Aktivisten eingesetzte Tribunal sollte nun prüfen, ob Monsanto seinen internationalen Verpflichtungen nachgekommen sei.

Die Richter behandelten sechs Fragen – darunter, ob Monsanto das Recht auf eine sichere Umwelt, auf Nahrung sowie auf hohe Gesundheitsstandards verletzt habe. Am Dienstag kamen sie unter anderem zu dem Schluss, dass die Aktivitäten von Monsanto den Böden, dem Grundwasser und der Umwelt im Allgemeinen schaden.

Sie gaben eine rechtliche Empfehlung ab, wonach das Völkerrecht ›klar und deutlich‹ den Umweltschutz aufnehmen müsse. Ausserdem müsse ›Ökozid‹, also schwere Umweltverstöße oder Umweltzerstörung, als Straftatbestand in das internationale Strafrecht aufgenommen werden. Künftig könne sich der ebenfalls in Den Haag ansässige Internationale Strafgerichtshof (IStGH) solcher Verbrechen annehmen, befanden die Richter.

Monsanto stellt gentechnisch veränderte Nutzpflanzen her und auch das umstrittene Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat. Monsanto selbst bezeichnete die Aktion als ›Parodie‹. Der Saatguthersteller erklärte, das Tribunal lenke von den eigentlich wichtigen Diskussionen über die globalen Bedürfnisse in den Bereichen Ernährung und Landwirtschaft ab. Monsanto soll vom deutschen Chemieriesen Bayer übernommen werden, das Geschäft wollen die beiden Konzerne bis Ende des Jahres abschliessen. (afp)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/oekoqid-informelles-internationales-tribunal-klagt-monsanto-wegen-umweltzerstoerung-und-menschenrechtsverstoessen-an-a2098823.html>

## **Peter Haisenko: Merkel fordert ›harte Verhandlungen‹ – soll der Brexit bestraft werden?**

*Von Gastautor Peter Haisenko; Aktualisiert: 1. Mai 2017 16:12*

«Die Eurokraten entmündigen die Menschen. Alles muss einheitlich geregelt sein und wehe, man muckt auf. Kann es sinnvoll sein, dieselben Normen auf Finnland im hohen Norden anzuwenden wie für Griechenland im sonnigen Süden?», fragt Peter Haisenko mit Blick auf den Brexit.

Es ist zur Gewohnheit geworden, Staaten zu ›bestrafen‹, die andere Wege einschlagen, als den westlichen Machteliten genehm ist. Die Engländer haben sich entschieden, die Eurokratie zu verlassen.

Nicht nur Kanzlerin Merkel fordert jetzt ›harte‹ Austrittsverhandlungen. Offensichtlich soll hier ein Exempel statuiert werden, um andere Staaten von diesem Schritt abzuschrecken. Vernünftiger wäre es, mit dem Brexit über neue Formen der Zusammenarbeit zu diskutieren und so vielleicht ein neues Modell für Europa zu schaffen.

Offensichtlich hat der Status der EU für die Eurokraten einen ähnlich religionsgleichen Stellenwert erreicht wie die westliche Demokratie. Wer den Regulierungswahnsinn nicht mehr mitmachen will, wird exkommuniziert und in die Hölle verbannt. Er soll leiden, für sein Sakrileg, denn es könnte ja sein, dass andernfalls andere seinem Beispiel folgen.

Die britischen Eliten waren noch nie von einem vereinten Europa begeistert, das nicht unter ihrer Führung steht. Dementsprechend haben sie sich innerhalb der EU verhalten und es gab nicht wenige, die bereits vorab einem Brexit nicht nachweinen wollten. Warum also jetzt die Forderung nach «harten Austrittsverhandlungen»?

### Werden wir die Briten eines Tages beneiden?

Unvoreingenommen betrachtet könnte der Austritt ganz einfach sein. Man setzt sich in bester Absicht zusammen und vereinbart, welche Teile der Verträge zwischen EU und Grossbritannien erhalten bleiben sollen und welche gestrichen werden. Freihandel? Warum nicht. Es steht den Briten frei, weiterhin nach EU-Normen zu produzieren, wenn sie in die EU liefern wollen.

Freizügigkeit? Das Thema ist auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten umstritten. Ich erachte zum Beispiel die Arbeitnehmerfreizügigkeit ausserhalb des Euroraums für falsch. Die Währungsparitäten verzerren den Wettbewerb.

Wer aus Ländern wie Polen, Bulgarien oder Rumänien kommt, im Euroraum arbeitet und in Euro bezahlt wird, wird mit einem niedrigen Lohn zufrieden sein, denn im Heimatland mit der anderen Währung hat seine Bezahlung einen höheren Wert.

Den Briten ist schon immer «Rosinenpickerei» vorgeworfen worden. Zu Recht!

Aber darf es immer noch so genannt werden, wenn ein souveränes Grossbritannien mit der EU Verträge abschliesst oder alte bestehen lässt? Ich denke, hierin liegt die Wurzel der harten Haltung. Warum soll ein souveräner Staat Verträge abschliessen oder wünschen, die ihm auch Nachteile bringen, jedenfalls aus seiner Sicht? Tatsache ist, dass zum Beispiel im landwirtschaftlichen Bereich für die osteuropäischen EU-Neumitglieder jede Menge Nachteile erwachsen, bis hin zur Zerstörung jahrhundertealter ländlicher Strukturen.

Das «Ganz oder gar nicht» der Eurokraten zwingt sie zu einer Abwägung zwischen Fördergeldern und Nachteilen. Es ist eigentlich überhaupt nicht zu verstehen, warum zum Beispiel Deutschland nicht frei entscheiden kann, ob wir lieber krumme Feldfrüchte importieren wollen als die geschmacklosen aber EU-konformen und formvollendeten Produkte aus holländischen Gewächshäusern oder die, die in Spanien unter Quadratkilometern von Plastikfolie gewachsen sind. Was werden wir die Briten beneiden, wenn sie wieder selbst darüber entscheiden dürfen!

### Die Eurokraten verursachen zunehmende EU-Müdigkeit

Genau hier liegt der Punkt. Die Eurokraten entmündigen die Menschen. Alles muss einheitlich geregelt sein und wehe, man muckt auf. Kann es sinnvoll sein, dieselben Normen auf Finnland im hohen Norden anzuwenden wie für Griechenland im sonnigen Süden? In Finnland ist die gute alte Glühbirne als Heizkörper ganzjährig sinnvoll, in Griechenland muss ihre Wärme weggekühlt werden. Solarenergie auf Kreta? Perfekt! In Finnland? Grober Unfug!

EU-Beschlüsse müssen einstimmig sein. Auch das ist grober Unfug, denn was spricht dagegen, dass sich einige Länder auf etwas einigen, das für sie sinnvoll oder wichtig ist, und alle anderen die Freiheit geniessen, ob sie mitmachen wollen? Genau diesen Status will Grossbritannien jetzt erreichen und das wird ein ganz «schlechtes» Beispiel für andere EU-Staaten abgeben.

EU-Kritiker werden meist als «Europa-Hasser» verunglimpft, die die EU auflösen wollen. Bei den meisten ist das keineswegs der Fall. Vielmehr erkennen sie, wie die Eurokratie fortschreitend EU-Müdigkeit hervorruft. Sie wollen Europa erhalten, retten, indem sie für ein Europa kämpfen, das nicht nationale und regionale Besonderheiten in einen Einheitsbrei kaputt stampft.

Sie wollen den Bürgern die Freiheit zurückgeben, selbst zu entscheiden, welcher EU-Vorschrift sie folgen wollen und welche sie ablehnen. Würde das Europa als Ganzes schwächen? Ich denke, das Gegenteil ist die Wahrheit. Es geht doch nicht darum, jemandem zu verbieten, einen Käse zu geniessen, der nicht zu einhundert Prozent allen EU-Richtlinien entspricht. Es geht darum, als Europäer ein Gefühl der Verbundenheit zu haben, ohne die eigene Identität aufgeben zu müssen. Das lässt die EU in ihrer jetzigen Form nicht zu. Ja, noch schlimmer, EU-Regeln werden von Parlamenten abgenickt, ohne die Zustimmung der Bürger einzuholen.

### Die Angst, über ein neues Europa nachzudenken

Das Verhältnis der Briten zur EU nach dem Brexit könnte Vorbildcharakter bekommen für den Umgang der gesamten EU untereinander. Freiheit und Brüderlichkeit ohne Zwang. Davor haben die Eurokraten wohl Angst. Es geht mal wieder um Macht und Pfründe, denn der sündhaft teure Bürokratiemoloch in Brüssel und Strassburg könnte/müsste dann deutlich reduziert werden. Man will folglich mit allen Mitteln verhindern, dass der Brexit ein Erfolgsmodell werden kann. Grossbritannien soll anschliessend als Negativbeispiel dastehen, was

einem geschieht, wenn gegen das EU-Diktat votiert wird. Die Briten sollen mit harten Verhandlungen für ihr ungeheuerliches Votum bestraft werden – als abschreckendes Beispiel.

In diesem Zusammenhang gehe ich noch kurz auf das allgemeine Verhalten der westlichen Demokratien ein, des westlichen Kapitals. Noch nie hat man alternative Gesellschaftsmodelle zugelassen. Staaten, die den Versuch des Kommunismus oder Sozialismus wagten, eine leicht abweichende Form von Demokratie, wurden und werden sofort mit Sanktionen und Handelsembargos «bestraft».

Damit nimmt man ihnen von vornherein die Chance auf Erfolg, indem ihnen der Zugang zu Waren und Technologien versperrt wird, ohne die aber auch kapitalistische Länder kaum prosperieren können. Der Kapitalismus weiss um seine Unzulänglichkeit, für alle Menschen das Beste zu erreichen. Folglich kann er es nicht zulassen, dass ein Alternativmodell erfolgreich ist, vielleicht sogar besser. Könnte es sein, dass das halbsozialistische Jugoslawien deswegen zerstört worden ist? Weil es zu erfolgreich war?

Damit bin ich zurück beim Brexit, der bestraft werden muss. Es darf nicht sein, dass es den Briten anschliessend besser geht, dass sie zufriedener sind. Das würde dazu zwingen, das gesamte Modell Europa von Grund auf neu zu überdenken. Ja mehr noch, es könnte dazu führen, dass über die «westlichen Werte» und den Umgang damit ernsthaft nachgedacht wird.

Davor haben die Parteischanzen richtig Angst. Dieselbe Angst, die sie veranlasst, alle zu verunglimpfen und in die rechte Ecke zu stellen, die jetzt schon nachgedacht haben und nationale Interessen über die Eurokratie stellen wollen, zumindest gleichwertig. Wenn Merkel jetzt also harte Verhandlungen fordert, dann gibt sie eigentlich zu, dass auch sie darum weiss, wie falsch der Weg der Eurokraten und damit ihr eigener eigentlich war und ist. Indem sie harte Verhandlungen fordert, anstatt die Wahrheit zu sagen, nämlich eine Bestrafung, führt sie die Bürger wieder einmal hinters Licht und versteckt so ihre eigene Unfähigkeit, humanistisch und zukunftsorientiert zu denken.

Ähnlich wie der Umgang mit Abweichlern in Sachen EU ist der Umgang mit Alternativmodellen zum reinen Kapitalismus – siehe Jugoslawien. Fachleute haben uns bestätigt, dass unser Modell der Humanen Marktwirtschaft funktionsfähig ist. Der einzige Einwand lautet: Das werden «DIE» nie zulassen! Die «Humane Marktwirtschaft» nach Haisenko/von Brunn wird 99 Prozent der Menschheit zum Vorteil gereichen und so sollte es doch möglich sein, diese auf demokratischem Weg einzufordern.

Allerdings setzen «DIE» ihre ganze Medienmacht ein, eine breite Diskussion über dieses revolutionäre Modell zu verhindern. Keine Redaktion der Mainstreammedien hat es gewagt, auch nur den Eingang der ihnen zugesandten Exemplare des Werks zu bestätigen, geschweige denn mit uns Kontakt aufzunehmen oder gar darüber zu berichten. So sind wir zunächst weiterhin auf Ihre Mund-zu-Mund-Propaganda angewiesen, unsere Ideen einem breiteren Publikum näher zu bringen.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/europa/peter-haisenko-merkel-fordert-harte-verhandlungen-soll-der-brexit-bestraft-werden-a2108371.html>

## Wir werden zu Gespenstern in einem Scheinland

*Datum: 1. Mai 2017; Autor: davidbergerweb*



*Unnachahmlicher Humor und trotzig angelegte Angriffslust zeichnen den mutigen Gesellschaftskritiker und Romanautor aus*

*© Screenshot youtube*

Akif Pirinçci hat sich von der gross angelegten Blockade, den Lügen der Nannymedien gegen ihn und von den diversen Boykottaufrufen ausgerechnet jener Gruppen, die sich sonst die Akzeptanz der anderen auf ihre Fahnen geschrieben haben, nicht ausbremsen lassen. In einigen Tagen erscheint sein neuestes Werk «Der Übergang – Bericht aus einem verlorenen Land».

*In dem Buch geht es um zwei gesellschaftliche Phänomene, die Deutschland gegenwärtig bis zur Unkenntlichkeit verändern und in nicht allzu ferner Zukunft sein originäres Wesen, so wie wir es noch kennen, vollends auslöschen werden.*

Zum einen um den von niemandem mehr zu ignorierenden Übergang selbst, in dem sich das Land hin zu einem Viel-Ethnien-Gemisch auf kulturell-wirtschaftlichem Dritte-Welt-Niveau befindet. Dieser gestaltet sich solcherart, dass der Deutsche sich Tag für Tag etwas mehr an die nur noch als bestialisch zu nennende Gewalt, insbesondere sexuelle Gewalt gegen Frauen, Terror und eine Atmosphäre des ständigen Bedrohtseins im Alltag gewöhnt.

Doch auch an die astronomischen Summen aus dem Steuersäckel, mit denen ein sehr grosser Teil der Fremden hierzulande verwöhnt und ausgehalten wird, bis zu «geschenkten» Führerscheinen und Doppelhaushälften. Vom Lebensunterhalt «for free» ganz zu schweigen.

*Was noch vor ein paar Jahren für einen Aufschrei im Volk gesorgt und es protestierend auf die Strasse getrieben hätte, ist nun eine von oben anbefohlene Hypermoral, der sich jeder «gute Mensch» ohne einen Mucks zu fügen hat.*

**Umkehrung der Begrifflichkeiten.** Schwarz ist jetzt weiss und weiss schwarz. Menschen werden wegen sogenanntem «hate speech» zu hohen Geldstrafen verurteilt und kommen ins Gefängnis, obwohl dieses nachweislich keinerlei Wirkung zeitigt, während ausländische Vergewaltiger, gar Mörder mit vergleichbar geringen Strafen davonkommen, wenn sie nicht gleich in die Freiheit entlassen werden.

**Ausländische Kinder sollen fürderhin in ihrer Muttersprache unterrichtet werden,** damit sie sich – kein Witz – ins Deutsche integrieren. Ein Land, in das wegen paradiesischer Sozialleistungen täglich Heerscharen von Menschen aus aller Welt hineinströmen, hyperventiliert im Paranoia-Modus und nonstop über «Fremdenfeindlichkeit», wogegen man den feindlich gesinnten Fremden per se leugnet, ja, jene, die mit dem Finger darauf zeigen, kriminalisiert und ihrer Existenzen beraubt.

Strassenschilder mit den Namen deutscher Genies, die mit ihren Erfindungen und Entdeckungen unsere moderne Welt geschaffen haben, werden zugunsten der Namen weniger ausländischer Opfer von Deutschen und eines Multi-Kulti-Tralalas ausgetauscht.

**Eine Volksdemenz hinsichtlich der eigenen Leistungen und Identität tritt ein.** Und ein Finanzminister deliriert, dass wir in Inzucht degenerierten, würden wir uns weigern, genetisch in einem Moslem-und-Afro-Pool aufzugehen. Alles verkehrt sich in sein Gegenteil im Übergang.

In seinem unnachahmlich **beissenden Humor** und seiner schier selbstmörderisch zu bezeichnenden **Angriffslust** widmet sich Pirinçci im «Übergang» in sechs Kapiteln der nicht weniger suizidalen Abnormität, welche man den Deutschen heutzutage mittlerweile als die neue Normalität verkauft. Sie sollen auf keinen Fall die Zeichen an der Wand erkennen und sich gegen ihr künftiges Schicksal als Sklavenvolk wehren.

Nicht «Wer nicht fragt, ist dumm» heisst in diesen immer übergängiger werdenden Zeiten das Motto, sondern «Wer zweifelt, ist tot», zumindest gesellschaftlich. Doch wie alles hat auch der Übergang irgendwann ein Ende. In einigen Jahren schon, wenn er abgeschlossen ist, werden die Deutschen aber nicht vor einem Scherbenhaufen stehen, sondern vor dem Verlust ihrer selbst.

*Unnachahmlicher Humor und trotzig Angriffs-lust zeichnen auch den neuen Pirinçci aus: Der Übergang beschreibt jene selbstmörderische Abnormität, welche man den Deutschen mittlerweile als die neue Normalität verkauft. Sie sollen auf keinen Fall die Zeichen an der Wand erkennen und sich gegen die Zerstörung ihres schönen Landes wehren. «Wer nicht fragt, ist dumm» hiess es früher. Heute lautet das Motto: «Wer zweifelt, ist tot», zumindest gesellschaftlich.*

*Doch wie alles hat auch der Übergang irgendwann ein Ende. In einigen Jahren schon, wenn er abgeschlossen ist, werden die Deutschen aber nicht vor einem Scherbenhaufen stehen, sondern vor dem Verlust ihrer selbst. Sie sind dann Gespenster in einem Scheinland. Wir werden es erleben. (Antaios)*

Quelle: <https://philosophia-perennis.com/2017/05/01/wir-werden-zu-gespenstern/>

## **Schauspielerin: «Wir müssen aufklären, was in diesem Land passiert!»**

21. April 2017 Allgemein; Silvana Heißenberg im Interview mit «Info-Direkt»

Eine Schauspielerin steht gegen Merkels «Masseninvasion» auf. Von ihren Sendern RTL und Sat 1 verliert sie alle Aufträge. Doch sie will weiterkämpfen: «Da die Politik nicht das eigene Volk vertritt, müssen mutige Menschen endlich die Stimme erheben.»

Silvana Heißenberg ist Schauspielerin und besetzte bis zum Herbst 2016 Rollen etwa für die Polizeiserien «Einsatz in Köln – Die Kommissare» (Sat.1) oder «Verdachtsfälle Spezial» (RTL). Als sie Merkels Asyl-Politik kritisierte, verlor sie alle Aufträge. Im Gespräch erklärt sie, dass sie nicht hinnehmen möchte, dass «öffentlich unzählige Männer im wehrfähigen Alter auf Merkels Einladung nach Europa strömen». Und sie fordert ihre deutschen Landsleute auf, endlich «ebenfalls öffentlich ihre Meinung zu äussern und darüber aufzuklären, was in diesem Land seit der illegalen, unlimitierten und unkontrollierten Masseninvasion geschieht.»

*Das Interview mit Silvana Heißenberg führte Stefan Magnet*

**Sehr geehrte Frau Heißenberg, die Kollegen des «Compact-Magazin» oder von «Unzensuriert» sprechen von einer Hexenjagd auf Sie als Schauspielerin und Model? Was ist passiert?**

**Heißenberg:** Ich hatte meine politische Meinung lange Zeit öffentlich zurückgehalten. Täglich las und hörte ich nun von neuen Straftaten der sogenannten «Geflüchteten», was mich sehr wütend machte. Aber als dann in der Silvesternacht 2015/2016 massenhaft Frauen von diesen «Geflüchteten» vergewaltigt und belästigt wurden, platzte mir endgültig der Kragen. Fortan postete ich bei Facebook Nachrichtenberichte über die täglichen neuen sogenannten «Einzelfälle» der «Geflüchteten» und über die Gesetzesbrüche der regierenden Politiker. Es beginnt mit Diebstahl, Einbrüchen, schweren Körperverletzungen, Bedrohungen, Vandalismus, Erschleichen von mehrfachen Sozialleistungen, sexuellen Nötigungen, Vergewaltigungen bis zu Morden und Terroranschlägen. Über 500 000 Straftaten beging ein grosser Teil von Merkels «Gästen», die angeblich vor Krieg und Verfolgung flohen, allein 2016. Wie bezeichnet man Männer, die über sieben sichere Länder «flüchten», um in das gelobte Land zu gelangen, wo es die höchsten Sozialleistungen gibt – und wo sie sich nicht an die Gesetze, Kulturen, Religionen, Werte, ... des Gastlandes halten? Das sind keine Kriegsflüchtlinge, sondern Deserteure und Wirtschaftsmigranten.

**Und diese Argumentation rief ihre TV-Kollegen auf den Plan?**

**Heißenberg:** Im Oktober 2016 erhielt ich eine E-Mail vom NDR «Zapp Magazin», in der ich gefragt wurde, ob das Facebook-Profil von Silvana Heißenberg auch tatsächlich mir gehöre und ob ich zu meinen Äusserungen stehe. Ich liess eine Mitarbeiterin ausrichten, dass ich selbstverständlich zu meinen Äusserungen stehe und eine Patriotin sei. Am 12. Oktober 2016 gab es dann im NDR «Zapp Medienmagazin» einen Bericht über mich mit dem Titel: «Die falsche Frau der Woche». Es wurden Szenenausschnitte von mir in meinen Schauspielrollen von RTL und Sat 1 gezeigt. So kommentierte «Zapp» beispielsweise: «Hier spielt Schauspielerin Silvana Heißenberg noch die liebe Mutter», oder so ähnlich, «aber privat scheint sie ganz weit rechts zu sein!» Über meine Webseite wurde gesagt «sie wirkt ja ganz harmlos.» Meine Webseite wirkt nicht nur harmlos, sondern sie ist es auch! Am Ende dieses Berichts wurde ein Rollentext von mir eingespielt, in dem ich sagte: «Das ist ja wohl das Allerletzte!» Der NDR fügte hinzu: «Das finden wir übrigens auch. RTL möchte zukünftig nicht mehr mit Frau Heißenberg zusammenarbeiten.»

**Und RTL beendete dann tatsächlich auf Grund dieser Denunzianten-Sendung die Zusammenarbeit?**

**Heißenberg:** Wenige Tage nach Ausstrahlung dieses Zapp-Berichts erfuhr ich von meinen Produktionsfirmen, dass nicht nur RTL, sondern nun auch Sat 1 zukünftig nicht mehr mit mir zusammenarbeiten wollen. Meine fertig produzierten Serien mit RTL und Sat 1 sollten nun nicht mal mehr ausgestrahlt werden. Allerdings erhielt ich vor einigen Wochen eine E-Mail von einer meiner Produktionsfirmen, dass meine letzte Rolle für die RTL-Serie «Verdachtsfälle Spezial» Ende März ausgestrahlt wurde. Auf meine direkten Anfragen bei RTL und Sat 1 erhielt ich nicht einmal eine Antwort, obwohl wir jahrelang sehr gut zusammengearbeitet haben.

**Bekommen Sie weiterhin Aufträge von Mainstream-Medien oder Fernsehsendern?**

**Heißenberg:** Seit der Ausstrahlung des NDR-Berichts im Oktober 2016 habe ich keine Aufträge mehr erhalten.

**Gerade die Schauspieler-Schickeria in Hollywood macht beispielsweise als Moralapostel gegen Donald Trump mobil. Diese Herrschaften haben keine Konsequenzen oder gar berufliche Nachteile zu befürchten. Wie geht es Ihnen dabei, wenn Sie dann die Situation in Merkel-Deutschland betrachten?**

**Heißenberg:** In Deutschland läuft es genau andersherum. Wer hier diese antideutsche regierungs- und gesetzeswidrige, brandgefährliche Asylpolitik kritisiert, darauf aufmerksam macht, dass regierende Politiker ihren Amtseid brechen, wird, ähnlich wie zu DDR Zeiten, diffamiert und wirtschaftlich ruiniert. In Deutschland darf man sich nur für das Altparteien-Regime aussprechen, ansonsten geht es einem an den Kragen. Diese Meinungszensur ist das Ende der Demokratie.

**Was raten Sie anderen Schauspielern, Künstlern, Journalisten, die ähnlich wie Sie denken, aber derzeit noch still halten und zur schweigenden Mehrheit gehören?**

**Heißenberg:** Ich kann jedem nur dazu raten, nicht länger den Mund zu halten und ebenfalls öffentlich seine Meinung zu äussern und darüber aufzuklären, was in diesem Land seit der illegalen, unlimitierten und unkontrollierten Masseninvasion geschieht. Derzeit schwappt eine nie gekannte Kriminalitäts- und Terror-Welle über unser Land, begangen von vielen illegalen Einwanderern, die weder nach nationalem noch nach internationalem Recht hier sein dürfen. Diese katastrophalen Zustände, die uns eine Frau Merkel mit ihrer rechtswidrigen und willkürlichen Willkommenspolitik eingebracht hat, müssen endlich gestoppt werden. Da die Politik nicht das eigene Volk vertritt, müssen mutige Prominente endlich die Stimme erheben. Ich persönlich lasse mich nicht unterkriegen und kann nur meine Kollegen ermutigen, ebenfalls nicht länger zu schweigen. Der Zuspruch aus dem Volk ist grossartig. Ich erhalte täglich hunderte Danksagungen auf meine letzten Interviews. Mit so einer überwältigenden Resonanz hatte ich nicht gerechnet.

**Danke für das Interview! Viel Kraft und Durchhaltevermögen weiterhin.**

Quelle: <http://info-direkt.eu/2017/04/21/schauspielerin-wir-muessen-aufklaeren-was-in-diesem-land-passiert/>



© REUTERS

20:30 01.05.2017(aktualisiert 20:31 01.05.2017); Willy Wimmer

Der 1. Mai hatte in den Nachrichten von Deutschland-Radio schon morgens um 8 Uhr eine faustdicke Überraschung parat. Danach hatte die Bundeskanzlerin bei ihrem Besuch in diesen Tagen in Saudi-Arabien eine Übereinkunft mit der dortigen Regierung erzielt, die es in sich hat.

Angeblich stimmte sie mit der saudischen Regierung überein, jene syrischen Kräfte in Deutschland als Soldaten mittels der Bundeswehr ausbilden zu lassen, die in Syrien gegen die legitime Regierung kämpfen und die dort die gigantische syrische Flüchtlingsbewegung massgeblich verursacht haben. Frau Dr. Merkel schafft demnach selbst die Fluchtursachen, die sie vorgibt bekämpfen zu lassen. Verantwortungsloser ist deutsche Politik noch nie gestaltet worden.

### Demontage des Staates durch die gewählten Staatsorgane

Das deckt sich in übler Weise mit den Aussagen des Herrn Bundespräsidenten Steinmeier in diesen Tagen. Danach beklagt er die Herausforderungen, denen unser demokratische Staat und die Demokratie in der aktuellen Situation ausgesetzt sind. Recht hat er, der Herr Bundespräsident.

Die Herausforderungen an den demokratischen Staat werden von ihm und seinesgleichen bewerkstelligt. Weit und breit sind, von Randgruppen abgesehen, die Menschen im Lande deshalb so besorgt, weil Amtsträger auf allen Stufen unseres Staates die verfassungsmässige Ordnung aushebeln, wo sie nur können. Die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Deutschlands wollen keine andere staatliche Ordnung als die der parlamentarischen Demokratie.

Demokratie ist ohne das Vertrauen in die staatliche Ordnung und die demokratischen Institutionen vor dem Hintergrund der grundgesetzlichen Werte nicht denkbar. Die Migrationsentscheidung von September 2015 durch die Bundeskanzlerin hat die staatliche Ordnung in der Substanz getroffen. Alles und jedes kann in diesem Lande beschlossen werden. Es müssen aber die verfassungsmässige Ordnung und der Weg durch die Parlamente eingehalten werden.

Wer das nicht als Verfassungsorgan versteht und nicht berücksichtigt, der ist nicht nur fehl am Platz. Der zerstört

unseren Staat in der Ausprägung einer parlamentarischen Demokratie. Das Friedensgebot des Grundgesetzes wird mit Füßen getreten, nicht vom Deutschen, sondern von der deutschen Bundesregierung.

In den Geschichtsbüchern ist der Satz von Konrad Adenauer darüber nachzulesen, welche Wirkung es haben würde, wieder ein Gewehr in die Hand zu nehmen. Das Grundgesetz hat das deutlicher formuliert, indem es die gesamte deutsche Politik auf den Frieden in der Welt an- und festgelegt hat. Bis in das Soldatengesetz finden sich die Bestimmungen darüber, in welcher Weise die Gebote des Völkerrechtes das Handeln eines jeden Soldaten bestimmen müssen.

Die Konsequenz aus den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen haben die Verfassungsmütter und -väter gezogen. Sie müssten heute allerdings erleben, dass seit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg 1999 gegen die Bundesrepublik Jugoslawien dieses Friedensgebot in zerstörerischer Wirkung mit Füßen getreten wird, bis hin zu Syrien und dem dortigen Einsatz der Bundeswehr.

Da kommt Frau Dr. Merkel uns mit ihren Terrorismus-Paten aus Riad gerade recht.

Es war der österreichische Bundeskanzler Kern, der vor einigen Monaten die zentrale Verantwortung der USA (sowie Englands und Frankreichs) für die Kriege und Migration angesprochen hatte. So ist es und nicht anders. Was macht seine deutsche Amtskollegin? Stimmt diese Nachricht aus einem der üblichen staatsnahen deutschen Sender, werden demnächst die Mörder und Vertreiber für ihr schändliches Tun auch noch auf deutschem Staatsgebiet ausgebildet.

Diesem Verhalten der Bundeskanzlerin gegenüber kann man sich nur umgangssprachlich nähern.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/meinungen/20170501315585870-merkel-flucht/>

## **Schauspielerin Heißenberg: «Merkel hat dem deutschen Volk unerträgliche Zustände beschert»**

*Von Nancy McDonnell; Aktualisiert: 2. Mai 2017 9:08*

Die Schauspielerin Silvana Heißenberg, bekannt aus Serien wie «Einsatz in Köln» oder «Auf Streife» ist mutig genug, um öffentlich Kritik am etablierten politischen System in Deutschland zu üben, sowie an der Zuwanderungspolitik der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Auf «unzensuriert.de» gab sie ein Exklusiv-Interview unter dem Motto: «Mir verbietet keiner den Mund!»



*Silvana HeißenbergFoto: screenshot/youtube*

Die Schauspielerin Silvana Heißenberg, bekannt aus Serien wie «Einsatz in Köln» oder «Auf Streife» ist mutig genug, um öffentlich Kritik am etablierten politischen System in Deutschland zu üben, sowie an der Zuwanderungspolitik der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Von ihren Fans hat sie dafür viel Zuspruch erhalten, RTL und Sat 1 kündigten ihr daraufhin die Zusammenarbeit auf.

Einschüchtern liess sie sich davon nicht. Auf «unzensuriert.de» gab sie ein Exklusiv-Interview unter dem Motto: «Mir verbietet keiner den Mund!»

Politisch bisher nur mässig interessiert, liess es die Schauspielerin aufhorchen, als «Frau Merkel plötzlich und ohne Grund, Ende 2015, die gesamten europäischen Grenzkontrollen ausser Kraft setzte und alle Menschen aus muslimischen Ländern zu uns nach Europa einlud.» Heißenberg ist der Meinung, dass man den Menschen vor Ort hätte besser helfen können und müssen.

Vor allem auf Facebook postet und berichtet sie seitdem unermüdlich über die Gesetzesbrüche der regierenden Politiker, über milde Justizurteile, wenn es um muslimische Straftäter geht und über tägliche neue Einzelfälle der «Geflüchteten». Sie will zeigen, «was unserem Volk mit dieser illegalen Masseninvasion angetan wird und womit wir nun täglich leben müssen.» Ihre Meinung zu den Flüchtlingen:

«Wer über sieben sichere Länder hinweg «flüchtet», um in das gelobte Land zu gelangen, wo es die höchsten

Sozialleistungen gibt, sich nicht an die Gesetze, Kulturen, Religionen, Werte des Gastlandes hält und anpasst, ist kein Kriegsflüchtling, sondern Deserteur und Wirtschaftsmigrant.»

### **Patriotische Parteien sollten die grösseren politischen Erfolge erzielen**

Heißenberg findet es aufgrund der Tatsache, dass wir in Deutschland bereits «ein gleichgeschaltetes Blockparteien-System wie in der ehemaligen DDR haben, bei dem alle nach der Pfeife einer einzigen Person tanzen – nämlich nach Oberbefehlshaberin Merkel – verwunderlich, dass die volksnahe AfD noch nicht mehr Erfolg bei den Wahlen hatte.»

Antideutsche Parteien, die ausschliesslich vor bevorstehenden Wahlen Volksnähe vorgaukeln würden, seien für sie unwählbar, deshalb sei es für die Schauspielerin auch völlig verständlich, dass eine patriotische Partei immer grösseren politischen Erfolg erziele.

Was die Einwanderung betrifft, so hält sie es gar nicht wie Merkel, die meine, dass «jeder» das Volk sei, «der in diesem Land lebe», sondern eher wie Donald Trump:

«Einwanderung ist ein Privileg, kein Recht. Das eigene Volk kommt immer zuerst.»

Für die Schauspielerin hat Angela Merkel dem deutschen Volk «unerträgliche Zustände» beschert. Sie sagt: «Bei öffentlichen Festen und Veranstaltungen müssen nun in Deutschland Schutzzonen für Mädchen und Frauen eingerichtet werden, um diese vor enthemmten Männern aus den arabischen und afrikanischen Herkunftsländern zu schützen, die angeblich zu uns kamen, um Schutz zu suchen.»

Wenn sie könnte, dann würde sie der Bundeskanzlerin gern persönlich ausrichten, «dass sie für den nicht wieder gutzumachenden Schaden, den sie dem deutschen Volk und ganz Europa zugefügt hat, und ihrem willkürlichen, rechtswidrigen Handeln Verantwortung übernimmt, sofort zurücktritt und ihren Platz für einen kompetenten, volksnahen und patriotischen Bundeskanzler räumt.»

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/schauspielerin-heissenberg-merkel-hat-dem-deutschen-volk-unertraegliche-zustaende-beschert-a2108297.html>

## **Das ausgebliebene Jobwunder**

*Veröffentlicht am 1. Mai 2017 von Dieter*

### **Merkels «Fachkräfte»**

*von Vera Lengsfeld*

Gebetsmühlenartig wird auf allen politisch-korrekten Kanälen wiederholt, die alternde deutsche Gesellschaft brauche dringend Zuwanderung, um den Arbeitsmarkt vor dem drohenden Kollaps zu retten. Tatsächlich hätten die Flüchtlinge schon einen Wirtschaftsaufschwung bewirkt. Es handelt sich zwar lediglich um ein steuerfinanziertes Anwachsen der Flüchtlingsindustrie und keine produktive Wertschöpfung, aber mit solchen Feinheiten geben sich unsere Propagandisten der schönen neuen Flüchtlingswelt nicht ab.

Vor wenigen Tagen überraschte uns Kanzlerin Merkel mit der frohen Botschaft, dass die Flüchtlinge, die sie eingeladen hat, einen Beitrag zur Beseitigung des Fachkräftemangels leisten könnten. In der IT-Branche würde jede Fachkraft gebraucht.

Wir erinnern uns, dass Merkel nach dem Terrorakt in Nizza, wo ein LKW in eine Menschenmenge fuhr, die merkwürdige Idee hatte, Flüchtlinge massenhaft zu LKW-Fahrern ausbilden zu lassen. Vielleicht hat ihr jemand auf der Hannovermesse, die sie kürzlich besuchte, gesagt, dass dies keine sichere Jobperspektive sei, denn bald werden sich die Transporter ferngesteuert bzw. autonom durch die Lande bewegen.

Nun sind die IT-Unternehmen Retter in der Job-Not. Schliesslich müssen «Bleibeperspektiven» her – koste es, was es wolle. In der «ReDI School of Digital Integration», bei der die Kanzlerin vorbeigeschaut hat, bilden ehrenamtlich tätige Fachleute seit Februar 2016 Zuwanderer im Programmieren von Computern aus. Gleichzeitig bringen sie die Studenten in Kontakt mit Unternehmen und Start-up-Firmen, um ihnen einen Berufseinstieg zu ermöglichen. Die gemeinnützige Schule wird von diversen Unternehmen finanziert (die diese Kosten dann aber mit Sicherheit steuerlich absetzen).

Ganze 135 Studenten, zumeist aus Syrien, aber auch aus Afghanistan, Irak und Eritrea werden hier ausgebildet. Einige von ihnen sollen bereits in Unternehmen arbeiten oder haben eigene Firmen gegründet.

135 von geschätzten 1,2 Millionen Flüchtlingen sind, das hat ein Freund für mich ausgerechnet,  $135/1\,200\,000 = 0,0001125 = 0,01125\%$ , d.h. etwas mehr als eine «Fachkraft» auf 10 000 «Flüchtlinge». Das ist nicht mehr als eine Stecknadel im Heuhaufen. Die «ReDI School of Digital Integration» ist ein kostspieliges Potemkinsches Dorf. Man muss schon Kanzlerin von Deutschland sein, um das als Rettung für den Fachkräftemangel verkaufen zu

können. Otto Normalverbraucher wäre nach solch einer Aussage gefragt worden, ob er noch alle Tassen im Schrank habe.

Was sollen die mindestens 25% Analphabeten unter den Neuankömmlingen zur Rettung der deutschen Wirtschaft beitragen, die ohne in ihrer Muttersprache lesen und schreiben zu können durch die Deutschkurse geschleust werden, die sie so sprachunkundig verlassen, wie sie hineingegangen sind, sofern sie nicht bereits vorzeitig ihre Teilnahme abgebrochen haben? Das Ganze ist ein Beschäftigungsprogramm für Flüchtlingshelfer, kostspielig, aber nutzlos.

Die Realität spielt im Kabinett Merkel offenbar keine Rolle. Kurz bevor die Kanzlerin von der IT-Zukunft für Flüchtlinge schwärmte, hat ihre Arbeitsministerin Nahles ihr ambitioniertes Job-Programm für Flüchtlinge einstampfen müssen. Statt der geplanten 100 000, sind nur 25 000 neue Jobs für Flüchtlinge im zweiten Halbjahr 2016 geschaffen und aus dem Förderprogramm «Flüchtlingsintegrationsmassnahmen» finanziert worden.

Darüber, wie viele Arbeitsplätze dauerhaft in Anspruch genommen wurden, gibt es keine Auskunft. Ab und zu erscheinen Artikel, meist in Lokalblättern, über abgebrochene Ausbildungen von Flüchtlingen oder von ihnen verlassene Jobs. Das Jobwunder bleibt aus. Wer will, kann Wetten darüber abschliessen, wie lange unsere Sozialsysteme dem politisch organisierten Ansturm standhalten werden.

Quelle: <http://krisenfrei.de/das-ausgebliebene-jobwunder/>

### «Wenn wir unsere Herkunft verraten, ...»

EU-No/US; 28.04.2017, 12:07 von schweizerzeit 28.04.2017

#### Die Schweiz, Europa und die EU

Am 23. April 2017 hat der Schriftsteller Thomas Hürlimann der «NZZ am Sonntag» ein Interview gegeben. Sein Positionsbezug zur Stellung der Schweiz in Europa und gegenüber der EU gibt seither allenthalben zu reden. Thomas Hürlimann hat in diesem umfangreichen Interview zu verschiedenen Sachbereichen prägnant Stellung genommen. Das EU-No-Bulletin vermittelt daraus nachstehend einige Zitate aus seiner Beurteilung der EU einerseits, zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen Bern und Brüssel über das bisherige und das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der Europäischen Union andererseits. Mehrere dieser kurzen Beurteilungen – teilweise auf einen einzigen Satz konzentriert – treffen die gegenwärtige Situation treffender als ganze Gutachten und umfangreiche Abhandlungen.

#### Das von Brüssel vermittelte Menschenbild

Zunächst eine Aussage Hürlimanns zum von der EU als massgeblich für Europa formulierten Menschenbild: «Um sich eine Art Identität zu geben, vertritt dieses supranationale Gebilde mehr und mehr ein bestimmtes Menschenbild, das ich nicht verordnet bekommen möchte.»

Zur Aufforderung, dieses Menschenbild näher zu charakterisieren: «Es ist der Toleranzler bzw. die Toleranzlerin. Dieses Wesen ist areligiös, antifaschistisch, antikapitalistisch, ökofixiert, sozialistisch, homophil, feministisch, raucherfeindlich, ausländerfreundlich, multikulturell, aber der eigenen Kultur, der eigenen Geschichte gegenüber sterilisiert.»

#### Die Schweiz

Die Schweiz als Bundesstaat charakterisiert Thomas Hürlimann wie folgt: «Der Bundesstaat von 1848, von den Freisinnigen geschaffen, war ein Meisterwerk. ... Damals war die Schweiz der Zeit voraus.»

#### Dilettantisches Verhandeln

Denen, die für die Schweiz mit der EU verhandeln, stellt Hürlimann kein gutes Zeugnis aus: «Figuren wie mein Vater (der Bundesrat Hans Hürlimann – Ergänzung Red. EU-No), Willy Ritschard oder Kurt Furgler würden uns in den Verhandlungen mit der EU besser vertreten als die heutige Besetzung. Unsere Verhandler sind doch nur darauf aus, das Lob von EU-affinen Journalisten zu ergattern.»

Das Verhandlungsgeschick von Schweizer Unterhändlern überzeugt Thomas Hürlimann überhaupt nicht: «Wenn ich zuweilen mitbekomme, wie Schweizer Politiker in Berlin auftreten, dann kann ich nur sagen: Gute Nacht! Diese Einschätzung höre ich hie und da auch aus deutschen Kreisen. Man wunderte sich zum Beispiel, wie ungeschickt die Schweiz in den Verhandlungen rund um den Flughafen Kloten vorgingen. Zum Erstaunen des Auswärtigen Amtes hatte niemand in Bern daran gedacht, sich die süddeutschen Grossfirmen, die gern via Zürich fliegen,

zu Verbündeten zu machen. Wäre die Schweiz gemeinsam mit Daimler aufgetreten, hätte die deutsche Regierung sofort gekuscht. Dieser Verlust des politischen Handwerks ärgert mich.»

### Die Schweiz und die EU heute

Das heutige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU charakterisiert Hürlimann, der viele Jahre in Leipzig und in Berlin gelebt hat, mit folgenden Worten: «Ich bedaure, dass wir in einer absolut unfruchtbaren Dauerdebatte über die EU stecken und dabei völlig erstarrt sind.»

Und zur Zukunft der EU meint er: «Die EU wird sich ohnehin von selbst erledigen.»

Das bedeutet aus Sicht Hürlimanns für die Schweiz: «Hören wir auf, wie Kaninchen auf die Schlange Brüssel zu glotzen! Diese wird sowieso an der eigenen Monstrosität ersticken, ob nun mit oder ohne uns.»

### Eigenständigkeit oder Unterwerfung

Zur Schweiz in Europa sagt Hürlimann: «Wenn wir unsere Herkunft verraten, haben wir keine Seele mehr und werden zu Recht von der Geschichte eliminiert. Darüber sollten wir diskutieren, dafür ist die Schweiz der richtige Platz.»

### Anmerkung der Redaktion

Zu den Verhandlungen zwischen Bern und Berlin bezüglich des Flughafens Kloten:

Die Gemeinden im Norden sowohl des Kantons Zürich als auch des Flughafens Zürich-Kloten, die seit Jahren gute Beziehungen pflegen mit den Nachbargemeinden jenseits der Landesgrenze in Baden-Württemberg, ergriffen seinerzeit die Initiative, die Grenzgemeinden einerseits, süddeutsche Persönlichkeiten, welche Zürich-Kloten als Flughafen regelmässig nutzen andererseits, in die Verhandlungen mit Berlin miteinzubeziehen. Die damalige Vorsteherin des EDA, Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, nahm diesen Vorschlag positiv auf und veranlasste rasch eine Sitzung zur Präzisierung solcher Zusammenarbeit, an welcher der damalige Staatssekretär Michael Ambühl in prägender Rolle teilnahm.

Die Initiative wurde danach indessen abgeblockt vom Verkehrsdepartement, seinerzeit unter Leitung von Bundesrat Moritz Leuenberger. Dieser setzte damals im Bundesrat durch, dass die gesamte Verhandlungsführung allein seinem Departement zukomme. Von Miteinbezug der (vom Fluglärm am stärksten betroffenen) Grenzgemeinden sowie süddeutscher Nutzer des Flughafens Zürich wollte Leuenberger nichts wissen.

Zitate aus: «Die EU wird sich von selbst erledigen». Interview in der «NZZ am Sonntag», 23. April 2017.

Quelle: [http://eu-no.ch/news/wenn-wir-unsere-herkunft-verraten-\\_158](http://eu-no.ch/news/wenn-wir-unsere-herkunft-verraten-_158)

### Kreml: «Putin ist nicht Assads Anwalt sondern er verteidigt das Völkerrecht»

RT Deutsch; Mi, 26 Apr 2017 15:05 UTC

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat am Mittwoch erklärt, dass sich der Standpunkt des Kreml gegenüber dem syrischen Staatschef Baschar al-Assad nicht verändert habe. Über die Zukunft des Landes und seines Staatschefs dürfe nur das syrische Volk entscheiden. Somit kommentierte Dmitri Peskow die Worte des türkischen Staatschefs Recep Tayyip Erdogan, wonach der Konflikt nur dann beendet werden könne, wenn Assad nicht mehr an der Macht sei.

In einem Interview für die Nachrichtenagentur Reuters hatte der türkische Präsident mitgeteilt, diese Frage auch mit seinem russischen Kollegen Wladimir Putin erörtert zu haben. «Verstehen Sie mich nicht falsch, Erdogan. Ich bin nicht Assads Anwalt», soll die Antwort des russischen Staatschefs gewesen sein.

«Die Aussage, dass Putin nicht Assads Anwalt ist, ist alles andere als neu. Sie ist nicht zum ersten Mal im Telefongespräch mit Präsident Erdoğan gefallen. Putin hat das auch früher in mehreren Interviews gesagt. **Putin ist nicht Assads Anwalt, sondern ein Anwalt des Völkerrechts und ein Verfechter des Völkerrechts**», präzisierte Dmitri Peskow.

Quelle: <https://de.sott.net/article/29262-Kreml-Putin-ist-nicht-Assads-Anwalt-sondern-er-verteidigt-das-Volkerrecht>

### «Welt»-Autor nennt Merkel-Politik «späte Rache der DDR an der BRD» – Bundesrepublik steuert wie «DDR auf den Abgrund zu»

Epoch Times; Aktualisiert: 29. April 2017 8:02

««Wir schaffen das!» Angela Merkel regiert im Stile eines Feudalfürsten, wozu auch die Drohung gehört, sie werde dem Land, dem sie dienen wollte, adieu sagen, falls das Volk ihr die Gefolgschaft verweigert. Dermassen

ausfällig zu werden, das hat sich noch kein Kanzler der Bundesrepublik gewagt», schreibt ›Welt‹-Journalist Henryk M. Broder in einem kritischen Kommentar zu Merkels Flüchtlingspolitik.

In einem Kommentar für die Tageszeitung ›Die Welt‹, kritisiert der streitbare Journalist Henryk M. Broder Bundeskanzlerin Angela Merkel wegen ihrer Flüchtlingspolitik.

Broder meint, dass Merkels aktueller Kurs in der Flüchtlingskrise mit ihrer Herkunft aus der DDR zu tun habe. Die Kanzlerin regiere im Stil einer ›Feudalherrin‹.

Er schreibt: «Millionen von Menschen fragen sich jeden Tag aufs Neue: Was will die Kanzlerin, was hat sie vor, wie sieht ihr Plan aus, den sie gegenüber Anne Will angekündigt hat? Erstaunt nehmen wir zur Kenntnis, dass es in einem Staat mit 16 Landesregierungen, 16 Landesparlamenten, 16 Ministerpräsidenten, mit einem Bundestag, einem Bundesrat, einem Bundespräsidenten und Tausenden von Staatsdienern allein darauf ankommt, was die Kanzlerin will.»

Angela Merkel bestimme nicht nur die Richtlinien der Politik, sie könne «auch mit einem Wort oder einem Federstrich Grenzen öffnen und schliessen». Die Kanzlerin könne nach Belieben ›Gesetze ausser Kraft setzen und alle Zweifel an der Weisheit ihrer Entscheidungen autoritär vom Tisch wischen‹, so Broder.

Und: «Wir schaffen das!» Angela Merkel regiert im Stile eines Feudalfürsten, wozu auch die Drohung gehört, sie werde dem Land, dem sie dienen wollte, adieu sagen, falls das Volk ihr die Gefolgschaft verweigert. Dermassen ausfällig zu werden, das hat sich noch kein Kanzler der Bundesrepublik gewagt.

### Die späte Rache der DDR an der BRD

Die Politik der Bundeskanzlerin sei die späte Rache der DDR an der BRD, so der kritische ›Welt‹-Autor weiter. Merkels berühmter Satz «Wir schaffen das» erinnere ihn stark an die Leitsprüche der DDR-Obrigkeit, mit denen der staatlich verordnete Sozialismus gewürdigt wurde.

Dazu schreibt Broder: «Das schaffen wir!» galt den Arbeitsnormen, den Fünfjahresplänen und der Versorgung der Bevölkerung mit so kostbaren Konsumgütern wie Bananen, Bohnenkaffee und echter Schokolade. «Wir schaffen das!» bezieht sich heute auf die Energiewende, den Verzicht auf fossile Energien, die Rettung der Regenwälder, die Produktion bzw. den Absatz von Elektroautos und die Absorption von Millionen von Flüchtlingen aus Afrika, Arabien und Asien, die uns helfen sollen, ein buntes, offenes und tolerantes Land zu werden oder zu bleiben.

Doch während Deutschland das alles schaffe, stehe der öffentliche Nahverkehr ›vor dem Kollaps‹, weil kein Geld da sei, «um die Strecken und die Fahrzeuge entsprechend zu warten. Es ist eben einfacher, Utopien zu planen, als ein paar marode Brücken im Ruhrgebiet zu erneuern.»

### BRD unter Merkel ›auf dem gleichen Weg wie die DDR‹

Die DDR hätte stets ein gestörtes Verhältnis zur Wirklichkeit gehabt. Angela Merkel wurde im selbsternannten Arbeiter- und Bauernstaat sozialisiert. Die Bundesrepublik sei unter ihrer Kanzlerschaft auf dem gleichen Weg wie die DDR.

Broder schreibt: «Es sieht danach aus, als wäre die Bundesrepublik nun auf dem gleichen Weg, auf dem die DDR in den Abgrund der Geschichte geschliddert ist. Die Politik der Kanzlerin ist die späte Rache der DDR an der BRD. Das mag ihr nicht bewusst sein, aber gerade das Unbewusste zeichnet sich durch besondere Nachhaltigkeit und Zuverlässigkeit aus.»

Die DDR sei in Folge der massenhaften Auswanderung zusammengebrochen. Deutschland drohe nun unter der Last der ungebremsten Einwanderung zu zerbrechen. (so)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/welt-autor-nennt-merkel-politik-spaete-rache-der-ddr-an-der-brd-bundesrepublik-steuert-wie-ddr-auf-den-abgrund-zu-a2106364.html>

### Zusätzliche FIGU-Information aus dem 646. Kontaktbericht vom 3. März 2016

**Billy** Schon gut, dann beenden wir jetzt wohl besser dieses Thema und wechseln über zur deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, zu der ich sagen will, dass ich, wenn ich das deutsche Volk betrachte, erkenne, dass sie die deutsche Gesellschaft spaltet, wie das auch die diversen Rassistenorganisationen in Deutschland tun, allen voran die Neonazis und die Islamfeindlichen, die allesamt ein Abbild der DNSAP sind. Hitler und Konsorten lassen grüssen. Merkel selbst wird von ihren Gleichgesinnten von ganz Deutschland und der EU-Diktatur in den Himmel gehoben, wobei alle ihre Anhänger nicht schlau genug sind, um zu merken, dass diese Frau eine gefährliche Psychopathin ist, die Deutschland zerstören will. Ihre Flüchtlingspolitik ist dabei ein gutes Mittel dafür, weil es für viele Unbedarfte in bezug auf diese Frau ein völlig falsches Bild der Menschlichkeit und

Menschenliebe schafft. Und genau diese Tatsache nutzt sie hinterhältig, um mit Hilfe all ihrer dummen Anhänger, Hörigen und sie Umschleichenden ihr zerstörerisches Werk in bezug auf Deutschland und alle EU-Staaten durchführen zu können. Alle lassen sie sich von ihr blenden und irreführen, weil sie psychologische Nullen sind, nicht hinter ihre verstellte Fassade sehen und auch ihr Handeln nicht beurteilen können. Und wie wir ja schon mehrmals über diese Frau gesprochen haben, ist sie sowohl krank in ihrem Bewusstsein wie auch in ihrer Psyche, wobei ein untergründiger Hass gegen Deutschland ihr gesamtes Handeln und Verhalten prägt, das rachsüchtig auf die Zerstörung Deutschlands und Europas hinausführt, wobei sie als Zionistin ihren tiefgreifenden Grund für ihren Hass gegen Deutschland und Europa im Holocaust des letzten Weltkrieges findet. Und was mit dieser Frau wirklich los ist, das wissen nicht nur wir, denn auch andere Menschen machen sich Gedanken darüber, verfügen über gewisse psychologische Kenntnisse und ein diesbezügliches Beurteilungsvermögen, folglich sie auch darüber in Zeitungen und Journalen schreiben und veröffentlichen, was sie feststellen. Besonders zur gegenwärtigen Zeit, da durch den tiefgründigen Hasswahn der Bundeskanzlerin Merkel die «Flüchtlings-Willkommenskultur» in Gang gesetzt wurde, um dadurch Deutschland und Europa zu überfordern und zusammenbrechen zu lassen, treten diverse Leute mit Artikeln in Zeitungen in Erscheinung, um ihre Feststellungen in bezug auf diese Frau öffentlich bekannt zu machen. Durch ihr hinterhältiges Handeln in bezug auf die von ihr ins Leben gerufene «Willkommenskultur für Flüchtlinge» sind folglich Hunderttausende und gar weit über eine Million wirkliche Flüchtlinge, wie aber auch sehr viele Scheinflüchtlinge – wie eben Wirtschaftsflüchtlinge, Kriminelle, Verbrecher und Schläfer-Killer des Islamisten-Staates, des IS – in Europa «eingewandert», was grosse Probleme schafft und zukünftig noch sehr viel grössere Probleme hervorbringen wird, die kaum oder überhaupt nicht mehr bewältigt werden können. Und das hervorgerufen durch eine bewusstseins-psychisch-krankte Frau, die innerlich zerrissen und ihrer Verantwortung als Bundeskanzlerin nicht mächtig ist. Das aber haben auch andere festgestellt, wie ich schon erwähnte, so z.B. auch Gerhard Hess, Deutschland, der einen treffenden Artikel im Internet veröffentlicht hat, der effective Fakten nennt, die sich auf Angela Merkel beziehen und den ich gestern in das FIGU-Zeitzeichen Nr. 37 eingearbeitet habe. Hier ist er, folglich du ihn lesen kannst:

**Ptaah** Danke, ... Ja, das, was hier geschrieben steht und dazu das passende Bild, sagen exakt das aus, was wir zwei schon des öfters festgestellt und besprochen haben. Leider jedoch steht nichts darüber geschrieben, was der eigentliche Hintergrund ihres landeszerstörerischen Handelns ist, wie wir das infolge unserer Kenntnis beurteilen und ausführen konnten.

### MERKWÜRDIGE FRAU A. MERKEL

Das Krankheitsbild der Angela Merkel, mit solchen Fingernägeln, heisst Onychophagie. Frau Merkel ist Fingernägelknabberin. Als Onychophagie (auch Fingernagelkauen, Nagelkauen, Nägelkauen, Nägelbeissen) bezeichnet man das Kauen, bzw. Auf(fr)essen der Fingernägel, Krallen oder Klauen bei Menschen oder Tieren. Beim Menschen fallen die schwereren Formen unter den Begriff «Selbstbeschädigung» (Selbstverletzendes Verhalten), wobei die leichteren, auf Nervosität beruhenden Formen nicht unbedingt zu den Selbstverletzungen gezählt werden. Als Auslöser gelten Verhaltensstörungen, Unzufriedenheit, Bedürfnis nach Spannungsabbau bei Hypermotorik, Überforderung und Konflikte im Alltag, unausgelebte Aggressivität, Zerstörungswillen, Verdrängungsversuche von Böswilligkeit, gegen sich selbst gekehrter Schädigungswille, und weitere seelische Deformationen, beispielsweise in erster Linie sexuelle Störungen, wie unausgelebte oder unauslebte Triebansprüche. Die Onychophagie kann bei Neurosen oder zusammen mit einer Onychotillomanie auftreten, die als einziges Zeichen einer paranoiden Psychose gilt. Dass Frau Merkel geistig (Anm. bewusstseinsmässig) nicht gesund sein kann, da sie ohne zwingenden Grund die islamische Überfremdung Deutschlands und damit den berechenbaren Volkstod der Deutschen heraufbeschwört, ist unabweisbar. Um die eigene Unsicherheit und innerliche Unausgeglichenheit zu kompensieren, d.h. sich nach Möglichkeit die seelisch-geistige (Anm. psychisch-bewusstseinsmässige) Destabilität nicht anmerken zu lassen, nutzt Angela Merkel die Rauten-Handhaltung, welche genau das Gegenteil ausdrücken möchte. Die «Merkel-Raute» ist also ein Versteck-Gestus, der die Mitmenschen über die wahre Haltung der Person hinwegtäuschen will. Das Nägelbeissen gehört zu den Formen der Psychosen des «selbstverletzenden Verhaltens» oder «autoaggressiven Verhaltens» oder auch der «Artefakthandlung». Es werden eine ganze Reihe von Verhaltensweisen beschrieben, bei denen sich betroffene Menschen absichtlich Verletzungen oder Wunden zufügen. Solche Verhaltensweisen können der Selbstbestrafung bei tiefsitzendem Selbsthass dienen. Es wäre denkbar, dass A. Merkel als Kind des Theologen Horst Kasner einen Vaterhass – ausgelöst z.B. durch überstrenge Erziehung im christlich-kommunistischen Elternhaus – entwickelte, der sich bei der Kanzlerin im Tötungswillen gegenüber dem ihr anvertrauten Volk auslebt. Selbstverletzendes Verhalten kann auftreten bei: Borderline-Persönlichkeitsstörung, fetalem Alkoholsyndrom, Lesch-Nyhan-Syndrom, Depressionen, Essstörungen wie Anorexia nervosa oder Bulimie, Adipositas, Missbrauchserfahrungen, Deprivationen (Entzug von Zuwendung und «Nestwärme»), Traumatisierungen während der Pubertät, Kontrollverlust, Körperschema-Störungen (Body Integrity, Identity Disorder), Zwangsstörungen, schweren Zurück-

setzungen und Demütigungen, psychotischen oder schizophrenen Schüben und ähnlichen seelischen Störungen sowie bei geistiger (Anm. bewusstseinsmässiger) Behinderung und Autismus.

*Netzinfor:* Allgemein steht die Aufklärung des Patienten im Vordergrund. Ergänzend können in manchen Fällen Psychotherapie oder aber auch lokale Massnahmen wie das Auftragen von Nagellack oder anderen übel schmeckenden Substanzen sowie das Tragen von Handschuhen und künstlichen Fingernägeln hilfreich sein. Hierbei ist jedoch für den Erfolg entscheidend, dass die Massnahme freiwillig und in Absprache mit dem Patienten erfolgt. Bei Schafen ist es üblich, aggressive Tiere von den Jungtieren zu trennen und sogar durch Onychophagie stark geschädigte Tiere einzuschläfern.

Gerhard Hess, Deutschland

**Billy** Zum Ganzen, das Angela Merkel hinterhältig und zerstörerisch durchführt, gehören auch die Mächtigen und Intriganten der USA, die ebenfalls hinterhältig durch Merkel die EU-Diktatur-Trabanten beeinflussen und gegen Russland und Putin aufhetzen, der Frieden bewahren und auch hilfreich vermittelnd sein will, was aber von den USA und Merkel sowie der EU-Diktatur in den Dreck gestampft wird. Meinerseits meine ich, dass Putin als Staatsführer im eigenen Land zwar in gewissen Dingen diktatorisch handelt, doch aussenpolitisch jedenfalls mehr Grütze, Verstand und Vernunft im Kopf hat als Merkel und allesamt der US-amerikanischen und EU-Diktatur-Mächtigen. Das beweist auch das idiotische Sanktionshandeln der USA und EU-Diktatur gegen Russland, wobei dafür die Ukraine ein sehr gutes Mittel zum Zweck ist. Und welches Ziel die USA verfolgen, das ist ja auch klar, eben dass dieses in einem umfassenden Krieg besteht, den sie über Europa bringen wollen und der sich schnell zu einem 4. Weltkrieg ausweiten könnte. Deren drei sind ja schon gewesen, wenn der 1. Weltkrieg auch gezählt wird, der 1756–1763 stattgefunden hat, jedoch nur als Siebenjähriger Krieg bezeichnet wird, jedoch effectiv ein Weltkrieg war. Also wird durch die USA in der EU-Diktatur speziell via Bundeskanzlerin Merkel das drohende Unheil geschürt, wobei Russland als Sündenbock für die prekäre politische Lage der Ukraine haftbar gemacht wird, was natürlich völliger Unsinn ist. Die Ukraine hat riesige finanzielle Schwierigkeiten, das ist klar, wie auch klar ist, dass die USA und die EU-Diktatur das ausnutzen und sich in das Land einschleichen, um es sich eines Tages einzuverleiben. Aber ganz speziell sind die USA daran interessiert, in Europa einzudringen und ihre Macht auszuspielen, wobei ein bössartiger Krieg das geeignete Mittel sein wird, wenn es tatsächlich so weit kommen sollte. Tatsache ist, wie du mir schon mehrmals privaterweise gesagt hast, dass das langfristige Grundziel der USA darin besteht, ganz Europa und Russland sowie letztendlich die ganze Welt unter ihre Fuchtel zu bringen und also zu unterjochen und davon endlos und mit Gewalt und Zwang zu profitieren. Dabei sind den Kriegstreibern der USA Menschenleben völlig egal, denn sie gehen effectiv über Leichen, und zwar ganz egal, ob es Zigtausende, Hunderttausende oder gar Millionen sind. Dabei helfen auch die europäischen und US-amerikanischen Medien aller Art mit und damit verantwortungslose Journalisten, die alle Tatsachen verdrehen und die Leserschaft mit Falschmeldungen und fingierten «Tatsachenberichten» betrügen. Es sind aber nebst diesen auch die diversen machtgerigen Parteien, wie auch die Wirtschaft, besonders der Rüstungsindustrie, die verantwortungslose Komplizen der Staatsmächtigen der USA und der EU-Diktatur usw. sind, die mit suggestiven Überredungskünsten die Bevölkerungen irreführen und auf einen Krieg einstimmen. Und wenn ein solcher durch die USA und die EU-Diktatur provoziert wird, dann kracht es gewaltig, und zwar darum, weil dann Russland zur Gegenwehr gezwungen und nicht abgeneigt sein wird, als gut ausgerüstete Atommacht seine Stärke zu zeigen, wodurch sich dann die Prophetie erfüllen würde, die aussagt, dass Europa im Atomfeuer vergehen und auch die USA ein ähnliches Schicksal erleiden würden. Und dass ein solcher Krieg von den USA und der EU-Diktatur provoziert wird, das steht ausser Zweifel, denn beide sind völlig verrückt und in bezug auf eine gesunde Politik völlig überfordert, weil weder in den USA noch in der EU-Diktatur vernunftbegabte Regierende existieren.

**Ptaah** Allem, was du sagst, kann ich beipflichten. Leider ist dabei auch Tatsache, dass – ausser betagten Menschen, die den letzten Weltkrieg in irgendeiner eindrücklichen Weise noch miterlebt haben – die heutigen Bevölkerungen der USA, von Deutschland und der EU-Diktatur usw. in Sachen Krieg nur aus der Ferne etwas erfahren, wie durch das Fernsehen, das Radio und die Zeitungen, folglich sie nicht selbst davon betroffen sind. Folgedem verhalten sie sich dagegen sehr gleichgültig, unbetroffen und können einfach ihre Gedanken und Gefühle abschalten, ohne selbst Verantwortung zu übernehmen, um etwas dagegen zu tun. Tatsächlich tut das Gros dieser Bevölkerung nichts, sondern lässt einfach die Staatsmächtigen und sonstig Staatsverantwortlichen usw., die Kriege anzetteln, gewähren. Es wäre den Völkern in auch nur halbwegs freiheitlichen Staaten aber leicht, auf die Strasse zu gehen und für Frieden zu demonstrieren, wie auch mit zweckdienlichen Schriften die Gleichgültigen und überhaupt alle Menschen aus ihrer Lethargie aufzuwecken und sie der effectiven Wirklich-

keit und deren Wahrheit zu belehren. Dabei muss aber auch gelten, dass ein Druck auf die regierungsunfähigen Politiker ausgeübt wird, damit sie logisch zu denken und zu handeln beginnen, ihre Machtgelüste ablegen, die Völker richtig zu Freiheit und Frieden führen und sie vor Kriegen bewahren. Und genau das steht zur heutigen Zeit infolge der kriminellen und gar verbrecherischen Machenschaften der USA und EU-Diktatur im Vordergrund, weshalb durch die betreffenden Völker selbst dagegen angegangen werden muss, bevor es zu spät ist. Und wird durch die Völker selbst nichts unternommen und den Staatsmachtgierigen weiterhin das Heft in der Hand gelassen und nichts gegen ihr Machtgebaren und ihre kriegshetzerischen Machenschaften unternommen, dann kommt es tatsächlich zu einem 4. Weltkrieg. Das aber würde bedeuten, dass wie eh und je wieder die Zivilbevölkerung die Leidtragende sein würde, weil nämlich im sogenannten «Normalfall» für jeden toten Soldaten in der Regel «nur» zwölf bis fünfzehn Zivilisten getötet werden, was sich aber noch um das Vielfache steigert, wenn Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden. Und wenn diese Gefahr nicht abgewendet wird, dann ist das Schlimmste zu befürchten. Ein Abwenden davon kann jedoch nur erfolgen, wenn die kriminellen und verbrecherischen Machenschaften und die Kriegshetze der USA und der EU-Diktatur gegen Russland schnellstmöglich gestoppt werden. ...

## IMPRESSUM

### FIGU-ZEITZEICHEN

**Druck und Verlag:** Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

**Redaktion:** «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telefon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

**Abonnemente:**

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

**Postcheck-Konto:** FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

**E-Brief:** [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

**Internetz:** [www.figu.org](http://www.figu.org)

**FIGU-Shop:** <http://shop.figu.org>



© FIGU 2017

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter [www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/](http://www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/)

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz